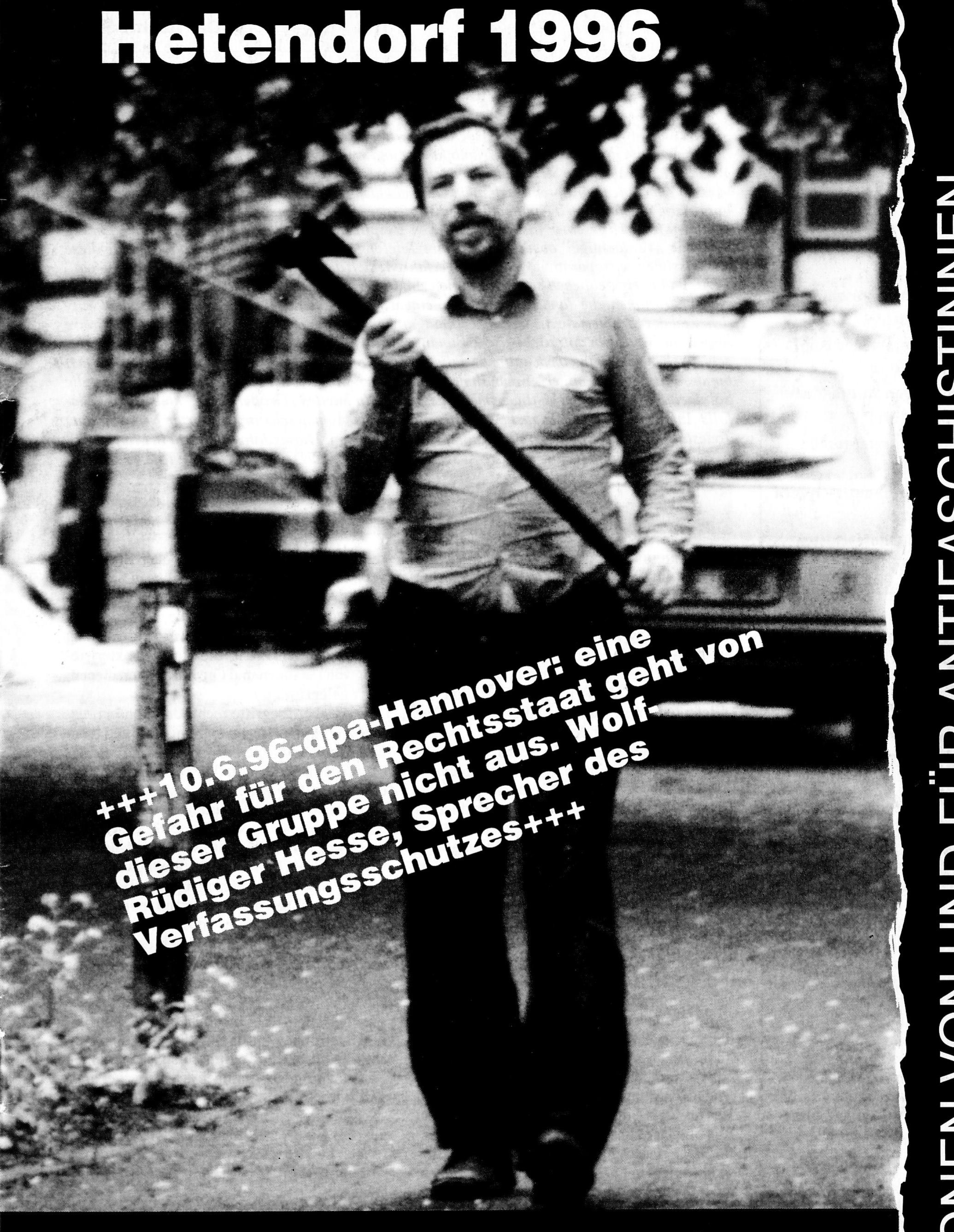
H 8040 F
Nummer 41
Juli/August 96
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Hetendorf 1996



in diesem Heft:

50. Jahrestag des Nürnberger Ärzteprozesses

„Konservative“ Vereinigung

6. Hetendorfer Tagungswoche

Junge Nationaldemokraten

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Postfach 1324 • Rolandstraße 16
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 4582904
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Herzlich willkommen im Sommerloch 1996, das es wie jedes Jahr eigentlich gar nicht gibt. Aber bevor nun doch viele in den Urlaub fahren und wenige alle anstehende Arbeit allein erledigen lassen, sei an dieser Stelle auf wenigstens 2 für AntifaschistInnen wichtige Ereignisse hingewiesen. Zum einen wird, wenn sich nichts Entscheidendes mehr ändert, Anfang August in Lüneburg der Prozeß gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen beginnen. Mit Hilfe einer fast unglaublichen Bespitzelungsaktion wurden über Jahre hinweg dutzende „Verdächtige" observiert und ihre Telefongespräche abgehört. Begonnen hatte diese „Staatssicherheitsoperation" mit einem Verfahren nach dem „Anti-Terror-Gummiparagraphen" 129a, und übrig geblieben sind letztendlich Anklagen wegen des Organisierens unangemeldeter Demonstrationen, die dann auch noch von einem sogenannten Schwarzen Block angeführt wurden. Ziel des Strafverfahrens ist die Zerschlagung einer autonomen Antifagruppe, die über Jahre hinweg in Göttingen antifaschistische Bündnispolitik forciert hatte und dabei immer den antifaschistischen Kampf in einem antiimperialistischen Kontext gesehen hat. Wir wissen, daß die (M) bundesweit immer weniger „FreundInnen" hat - aber was dieses Strafverfahren angeht, ist die Solidarität aller AntifaschistInnen mehr als nötig. Ein zweites „Großereignis" könnte uns ebenfalls Anfang, bzw. Mitte August beschäftigen: Erneute Aufmärsche organisierter Neonazis zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. Sei's drum! Dieses Jahr vielleicht in Monaco???

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND ist der 15.8.1996.

Leserbrief

Stellungnahme zu dem Artikel „Wie ein Elefant im Porzellanladen. Antifa-Edition zerschlägt linken Faschismusbegriff", von Raimund Hethey, Der Rechte Rand Nr. 40.

Der Beitrag des Autors Raimund Hethey nimmt Anstoß an einem Beitrag von Wolfgang Gessenharter in dem vor kurzem erschienenen „Antifa Reader" der Reihe „Antifa-Edition" im „Elefanten Press Verlag" und an meiner Person als Herausgeber der Reihe.

Die Behauptung, W. Gessenharters Position sei für alle Beiträge verbindlich gemacht worden, ist falsch. Es war nie Ziel des Readers, W. Gessenharters Position verbindlich zu machen. Das würde der erklärten Absicht des Buches widersprechen: In der Einleitung wird auf die Gegensätze und Unterschiede der Beiträge hingewiesen. Das Spektrum der AutorInnen reicht von Universitätsprofessoren bis zu SchülerInnen, von RedakteurInnen antifaschistischer Zeitschriften (auch vom Rechten Rand, u.a. Raimund Hethey) bis zu Mitgliedern antirassistischer Initiativen. Die Absurdität der Behauptung erschließt sich den LeserInnen des „Antifa Readers" zum Beispiel im Vergleich der Beiträge von R. Hethey und W. Gessenharter. Der Vorwurf, Beiträge von Autoren seien von mir, dem Herausgeber, verfälscht worden, entspricht nicht der Wahrheit. Alle im Reader veröffentlichten Beiträge sind von den AutorInnen autorisiert worden.

Eine Beurteilung, die „Antifa-Edition" würde einen linken Faschismusbegriff zerschlagen, möchte ich den LeserInnen der in diesem Jahr in der Reihe erscheinenden sechs Titel überlassen. Tatsache ist: Den AutorInnen der „Antifa-Edition" ist es selber überlassen, welche Begrifflichkeit sie zur Charakterisierung einer rechten Person, Organisation oder Strömung verwenden. Bei dem angesprochenen Sammelband „Antifa Reader", an dem sich 22 AutorInnen beteiligt haben, wurde besonders im Lexikon-Teil auf eine einheitliche Verwendung von Begrifflichkeiten, die zur Charakterisierung von Personen und Organisationen dienen, Wert gelegt.

Die Arbeitsbegriffe rechts des Konservatismus waren hier Rechtsextremismus und Neofaschismus. Als Herausgeber nehme ich nur dann Einfluß, wenn die Verwendung verschiedener Begriffe (wie z.B. rechtsradikal, rechtsextremistisch, neofaschistisch, faschistisch oder faschistoid) dem Interesse der LeserInnen an einem hohen Maß an Verständlichkeit zu widersprechen droht. Unterschiedliche Bewertungen von rechten Personen, Organisationen oder Strömungen waren jederzeit möglich und sind im „Antifa-Reader" dokumentiert. Auch hierfür bietet sich ein Vergleich der Beiträge von Hethey und Gessenharter an.

Auch in Zukunft werden sich unter dem Dach der „Antifa-Edition" engagierte WissenschaftlerInnen, fortschrittliche JournalistInnen, RedakteurInnen antifaschistischer Zeitungen, antirassistische und antifaschistische Gruppen zusammenfinden, um über faschistische, antisemitische, rassistische und rechtsextremistische Tendenzen in der Gesellschaft zu informieren. Unterschiedliche Stile, Herangehensweisen und Positionen sind gewollt.

Jens Mecklenburg, Herausgeber „Antifa-Edition"

Anmerkung der Redaktion:

Unser Autor Raimund Hethey bleibt bei seiner in DER RECHTE RAND Nr.40 dargestellten Position.

Spenden benötigt

Wie im Rechten Rand bereits gemeldet, hat sich zur Untersuchung des Brandanschlages auf die Lübecker Flüchtlingsunterkunft im Januar diesen Jahres eine internationale Untersuchungskommission gebildet. Für die Arbeit der Kommission wird dringend finanzielle Unterstützung benötigt. Spenden werden erbeten auf das Konto von Pax Christi unter dem Stichwort „IUK Lübeck": Konto-Nr. 498463-203, Postbank Hamburg (BLZ 20010020)

Martin Breis

6. Hetendorfer Tagungswoche

Zum sechsten Mal in Folge fand in Hetendorf/Kreis Celle die „Hetendorfer Tagungswoche“ statt. Begleitet von massiven öffentlichen Protesten kamen in der Zeit vom 15. bis 23. Juni wiederum ca. 200 Faschisten aus dem In- und Ausland zu einem ihrer bedeutendsten Treffen zusammen.

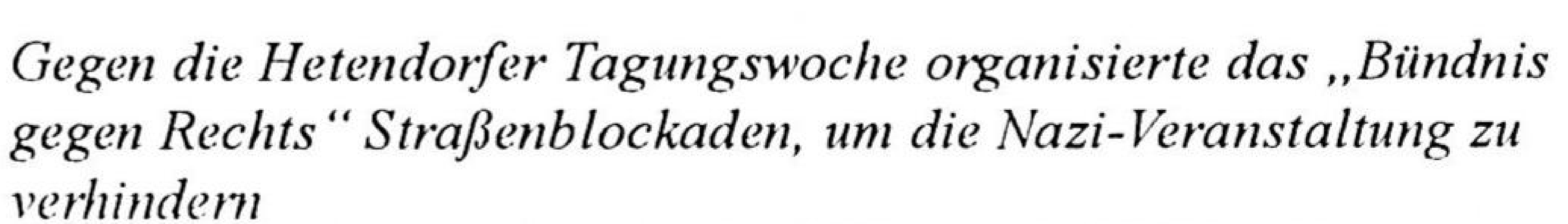
Während der Präsident des niedersächsischen Verfassungsschutzes Rolf Peter Minnier meinte, mit dem u. a. von ihm angeregten Verbot der Wiking Jugend 1994 den Aktivitäten im sog. „Heideheim“ den Boden entzogen zu haben, oblag es seinem Amtssprecher Hans-Rüdiger Hesse, mit der Einschätzung „Dieses Treffen der alten Rechtsextremisten bringt keine Gefährdung unserer inneren Sicherheit in Deutschland“ den Veranstaltern und Teilnehmern der „Hetendorfer Tagungswoche“ einen Freibrief für ihre Aktivitäten auszustellen. Zwar bescheinigte er der Veranstaltung „eindeutig rassistische Züge“ und die Verharmlosung bzw. Leugnung von Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur; propagandistischer Schwerpunkt seiner Ausführungen im Vorfeld der Tagungswoche war jedoch die Diskreditierung des antifaschistischen Widerstandes gegen das Zentrum. Mehr oder weniger subtil sollte die Panikmache vor 1200 anreisenden militanten Linksextremisten und einem massiven Polizeiaufgebot(lt. R. Hesse, Cellesche Zeitung 11.06.96) die politische Breite des inzwischen langjährigen Widerstandes verschleiern.



Anläßlich des 51. Jahrestages der Befreiung des KZ Bergen Belsen demonstrierten BürgerInnen gegen das Neonazi-Zentrum

Nichtsdestotrotz fanden die angekündigten Proteste und Behinderungsaktionen wie geplant während der gesamten Woche statt. Während am Eröffnugswochenende mehrere hundert AntifaschistInnen durch Straßenblockaden die Anreise von TagungsteilnehmerInnen be- und verhinderten, brachten an anderen Wochentagen verschiedenste lokale politische und kirchliche Gruppierungen ihren Protest mit unterschiedlichen Aktionen direkt am Gelände Hetendorf 13 zum Ausdruck.

Allerdings wurde die für Donnerstag geplante Störung des Höhepunktes der „Hetendorfer Tagungswoche“, der Sonnenwendfeier, durch einen massiven Polizeieinsatz verhindert, die antifaschistischen DemonstrantInnen eingekesselt und zusammengeprügelt. Derweil „auf dem Gelände des Nazizentrums die Vorbereitungen für das Sonnenwendfeuer liefen, zahlreiche Tagungsteilnehmer unbehelligt den rechten Arm zum Hitlergruß recken konnten und permanent von dort die Demonstration gefilmt wurde, rechtfertigte der Einsatzleiter der Polizei die brutale Vorgehensweise seiner Untergebenen mit der Vermummung einiger DemonstrationsteilnehmerInnen.“ (aus der Presseerklärung des Celler Bündnis gegen Rechts, 22.06.96)


Gegen die Hetendorfer Tagungswoche organisierte das „Bündnis gegen Rechts“ Straßenblockaden, um die Nazi-Veranstaltung zu verhindern



Wie bereits im vergangenen Jahr war das Gelände Hetendorf 13 nicht nur durch ein massives Polizeiaufgebot gegen Angriffe von außen geschützt. Unter anderem mobilisiert durch das „Nationale Infotelefon Rheinland“ (NIT) waren bereits am Vortag der Eröffnung der Tagungswoche ca. 30 militante Neo-Nazis aus Aschaffenburg, Ostwestfalen-Lippe, Hamburg, Quedlinburg sowie dem Sieger- und Sauerland angereist. (lt. NIT Rheinland v. 19.06.96)


Maskierte und bewaffnete Neonazis patroullierten auf dem Gelände

Unter denen, die gekommen waren und „ihre Solidarität mit Kamerad **Jürgen Rieger** unter Beweis stellen und das Heim gegen mögliche Angriffe schützen“ wollten (NIT Rheinland v. 14.06.96), befanden sich mit **Steffen Hupka, Thomas Wulff, Torsten de Vries, Falco Schüssler** und **Bernd Stehmann** durchaus namhafte Gestalten der Nazi-Szene. Aus ihren Reihen kam es dann auch zu diversen Übergriffen auf DemonstrantInnen, AnwohnerInnen und Fernsehteams, die neben Sachschäden auch zwei ernsthafter Verletzte hinterließen.


Trotz zahlreicher Waffenfunde bei den Tagungsteilnehmern sah die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten

Insgesamt zieht das Celler Bündnis gegen Rechts ein positives Resümee der antifaschistischen Aktionswoche und kündigt auch für die Zukunft antifaschistischen Widerstand gegen das Nazizentrum Hetendorf 13 an.

Im nächsten Rechten Rand wird es eine genauere Auswertung der 6. Hetendorfer Tagungswochen geben.

Ulla Jelpke

Unerträgliche Beschwichtigung

Im Juni wurde der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1995 vom Bundesminister für das Innere, Manfred Kanther, der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Tenor ist wie jedes Jahr, links wird aufgebauscht, rechts runtergespielt.

Der angebliche Rückgang der „rechtsextremen Straftaten"

In dem Verfassungsschutzbericht 1995 stellt das BfV einen Rückgang der Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremen Hintergrund fest. 1995 wurden 7.896 derartiger Straftaten festgestellt; 1994 waren es 7.952 Straftaten. Besonders auffällig ist der Rückgang der neofaschistischen Gewalttaten: 1995 wurden 837 durch das BfV festgestellt, für 1994 wurden 1.489 Gewalttaten registriert.

Der Umgang des Bundesamtes und des BMI mit den Morden mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremer Motivation legt allerdings die Vermutung nahe, daß die Zahlen geschönt sind, um die tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. So hat die Bundesregierung für das Jahr 1994 keinen Mord von rechts registriert. Nach Recherchen des Archivs für Sozialgeschichte, die in der „Konkret" veröffentlicht werden, und der PDS-Bundestagsgruppe wurden 1994 tatsächlich 22 Morde mit erwiesener oder zu vermutender neofaschistischer Motivation begangen. Im nachhinein versucht das BfV sich im Verfassungsschutzbericht 1995 krampfhaft dafür zu rechtfertigen, wieso der rassistische Brandanschlag 1994 in Stuttgart durch den am 30.6.95 verhafteten Täter *nicht* als rechtsextrem eingestuft wird. Bei dem Anschlag auf ein vorwiegend von AusländerInnen bewohntes Haus waren sieben Menschen ums Leben gekommen. Im Bericht heißt es dazu: „Nach seinem Geständnis hat er von April bis Juni in Esslingen vier Brandanschläge aus Haß gegen Ausländer verübt." Die Tat im März 1994 „soll er dagegen aufgrund eines pyromanischen Triebs begangen haben".

In einem Artikel über die Beschönigung der Statistiken nach Art des BfV und des Bundesministeriums des Innern hatte der „taz"-Autor Bernd Siegler angemerkt: „Mit Spannung darf gewartet werden, ob der am Vatertag (1995) am Stausee Oberwald in Sachsen von Skinheads erschlagene 24jährige Peter T. in die Statistik eingehen wird" (taz, 21.7.95). Das BfV gibt die Antwort: „Nach Einschätzung der Polizei" war diese Tat „nicht rechtsextremistisch motiviert". Und dies gilt auch für das Tötungsdelikt von Velbert in Nordrhein-Westfalen am 5.2.95, bei dem sieben neofaschistische Jugendliche einen Obdachlosen zunächst brutal zusammenschlugen und kurz darauf einer der Neofaschisten den bewußtlosen Mann mit einem Messer erstach (Antifaschistische Zeitung NRW Nr. 8, Mai-Juli 1995).

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes machte Bundesinnenminister **Manfred Kanther** in einer Pressemitteilung der Öffentlichkeit klar, daß er auch nicht bereit ist, die 1995 und 1996 begangenen Morde des Neofaschisten **Thomas Lemke** als politisch motiviert einzustufen, sondern für Kanther haben sie „einen allgemein kriminellen Hintergrund" (Pressemitteilung vom 24.5.96).

Wenn man derart über den neofaschistischen Terror hinwegsieht und ihn leugnet, dann kann man natürlich behaupten, daß sich die „Zahl der schweren Gewaltdelikte (...) erheblich" reduzierte.

Und man kann auch weiter Entwarnungen vor neofaschistischen Terrorgruppen geben. Kanther äußerte bei der Vorstellung des Berichtes über die Gewalttaten und die Täter: „Wie im Vorjahr waren dabei Einzeltäter oder spontan entstandene Kleinstgruppen - und nicht etwa rechtsextremistische Organisationen - für die Straftaten verantwortlich. Da diesen Tätergruppen organisatorische Strukturen und dauerhafte Zielsetzungen fehlen, kann nicht von einem extremistischen Terrorismus gesprochen werden." (Pressemitteilung vom 24.5.96)

Das organisierte neofaschistische Terrornetz wird also geleugnet, obwohl die Zahl der Gruppierungen mit Waffenlagern, mit gewaltbereiten Aktivisten - das BfV gibt für 1995 die Zahl mit 6.200 (1994: 5.400) an evident ist. Genauso unübersehbar ist auch die Zahl der Anschläge, die in diesen Kreisen diskutiert, geplant und dann aus ihnen heraus auch begangen werden. Vor dem Hintergrund des hohen Niveaus des neofaschistischen Terrors und der Hinweise darauf, wie weitere Terroraktionen durch Todeslisten von politischen Gegnern, Anleitungen zum Waffenbau und Grad der Bewaffnung der Mitglieder dieser Gruppierungen vorbereitet werden, ist die Äußerung Kanthers, daß es „Ansätze" gibt, aus „denen terroristische Aktionen entstehen können" geradezu zynisch (Pressemitteilung vom 24.5.96). Im VS-Bericht heißt es lakonisch: „Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden besteht dennoch zur Zeit keine konkrete Gefahr, daß sich eine aus der Illegalität heraus operierende rechtsterroristische Vereinigung bildet. Hierzu fehlt es an der notwendigen Unterstützung in der rechtsextremistischen Szene".

Antisemitische Straftaten weiterhin erschreckend hoch

Für 1995 wurden vom BfV wieder über 1.000 antisemitische Straftaten registriert. Für die zurückliegenden Jahre sehen die Zahlen wie folgt aus:

1991	367 Straftaten mit antisemitischen Hintergrund
1992	627
1993	656
1994	1.366
1995	1.155 (VS-Bericht 1995, S. 93)

Die beträchtliche Steigerung dieser Zahlen in den letzten Jahren, bei leichtem Rückgang in 1995, zeigt an, daß die im bundesdeutschen Neofaschismus vorhandene Einschätzung weit verbreitet ist, daß man vor dem Hintergrund großer antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung mit entsprechender Propaganda gegen Juden und Jüdinnen seinen Einfluß verbreitern kann. Diese Einschätzung hat sich offenbar im gesamten Spektrum des bundesdeutschen Neofaschismus durchgesetzt; also von den REPs bis zu den Militanten, aber auch innerhalb des konservativen Spektrums und in den Vertriebenenverbänden sind die Auswirkungen derartiger Überlegungen anzutreffen.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu verlogen, wenn Kanther bei der Vorstellung des Berichts vollmundig auf die Notwendigkeit der „weiteren Bekämpfung des Rechtsextremismus" hinwies. Als notwendige Maßnahmen hierfür zählte er u.a. auf „das fortwährende und entschlossene Einschreiten gegen 'Revisionismus'-Kampagnen und die Herstellung und Verbreitung extremistischer Schriften" (Pressemitteilung des BMI vom 24.5.96).

Kein geschichtsrevisionistischer Aufruf, keine antisemitische Äußerung aus *diesen* Reihen hat in den letzten Jahren zu irgendeiner Konsequenz geführt.

Das Gegenteil ist der Fall: In den Vertriebenenblätter wie dem „Ostpreußenblatt" kann mittlerweile der Holocaust geleugnet werden. Jene Leute, die die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden und überhaupt die Existenz von Verbrennungsanlagen in den Vernichtungslagern bestreiten, werden nicht nur nicht verfolgt, sondern bekommen weiterhin beträchtliche staatliche Mittel. Alle Hinweise auf dieses Treiben in den Revanchistenverbänden wird vom BMI hartnäckig ignoriert. Die Antisemiten, Holocaustleugner und Geschichtsrevisionisten aus diesem Lager erfahren die Protektion und Förderung von höchsten staatlichen Stellen.

Die traditionelle Rechte

Bei der Darstellung der traditionellen Rechten durch das BfV wird vor allem auf den desolaten Zustand der Organisationen hingewiesen. Das Potential der Wahl-Parteien sei 1995 „erneut deutlich zurückgegangen"; diese Parteien hätten Mitgliederverluste von 9.500 und hätten jetzt insgesamt 46.100 Mitglieder. „Wahlniederlagen, anhaltende Finanzmiseren und heftige Richtungskämpfe prägten darüberhinaus das öffentlich Bild rechtsextremistischer Parteien".

Immerhin konnte das BfV aber ausmachen, daß die NPD und die Deutsche Liga „mittlerweile die Mitarbeit von ehemaligen Mitgliedern verbotener neonazistischer Vereinigungen" akzeptieren würden.

Schwierigkeiten hat das BfV weiterhin damit, die REPs als rechtsextrem zu klassifizieren. Im Bericht heißt es zwar: „Bei der Partei 'Die Republikaner' (REP) liegen nach wie vor deutliche tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die gegen die freiheitliche Grundordnung gerichtet sind. Rechtsextremistische Positionen ergeben sich weniger aus dem Parteiprogramm denn aus Bekundungen und Verhaltensweisen von Funktionären, Gremien und Mitgliedern sowie aus den Publikationsorganen" (S. 127). Nach der Wahl von **Rolf Schlierer** zum Bundesvorsitzenden seien „die

nachweisbaren Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen 1995 quantitativ rückläufig", da Schlierer - im Gegensatz zu dem ehemaligen Bundesvorsitzenden **Franz Schönhuber** - darauf bedacht sei, „dem Staat keine Angriffsflächen zu bieten" und die REP „als demokratische Partei darzustellen" (S. 127).

Trotzdem kann das BfV weiterhin in den Fragen „Überfremdung", Antisemitismus, „Kollektivismusvorstellungen" (in Richtung einer „Volksgemeinschaft) und Geschichtsrevisionismus eine rechtsextreme Ausrichtung feststellen.

Das BfV und die „Intellektualisierung des Rechtsextremismus"

Im Anhang bringt das BfV in seinem Bericht für 1995 ein Kapitel zur „Intellektualisierung des Rechtsextremismus". Erstmals und überraschender Weise hat man die intellektuelle Strömung der „Konservativen Revolution" in den Bericht aufgenommen und sie der „Neuen Rechten" zugeordnet.

Dies ist von daher überraschend, da daß BMI eine Kleinen Anfrage der PDS vom August 1995 zur „Konservativen Revolution" wegen der „inhaltlichen Unbestimmtheit des Begriffes" gänzlich unbeantwortet ließ (Bundestags-Drucksache 13/ 2118). Die Bundesregierung leugnete damit schlichtweg überhaupt die Existenz dieser Denkrichtung und verweigerte damit Auskünfte über die inhaltlichen Versatzstücke dessen, was als geistige Strömung unter den Namen „Konservative Revolution" läuft, als auch nach deren gegenwärtigen Propagandisten (Personen, Organisationen, Denkfabriken und Zeitungen). Von daher liest sich der VS-Bericht 1995 ein wenig als Verteidigungsschrift in eigener Sache.

Immerhin hat man dies nun überdacht und kann sich zur Feststellung durchringen, daß es sich um eine Strömung „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik", um rechte Intellektuelle wie **Edgar Julius Jung**, **Artur Moeller van den Bruck** und **Carl Schmitt** handelte, deren Inhalte heute von der „Neuen Rechten" aufgegriffen und aktualisiert werden. Verteidigt werden aber auch die heutigen Vertreter der „Konservativen Revolution" durch das BMI, in dem sie unbenannt bleiben.

Der Einfluß der „Neuen Rechten" wird im Bericht entsprechend heruntergespielt. Im Bericht heißt es dazu: „Die 'Neue Rechte' in Deutschland verfügt weder über eine homogene Ideologie noch ist sie einheitlich organisiert. Von der Erlangung einer 'kulturellen Hegemonie', also der Meinungsführerschaft in politischen Diskursen, kann nicht gesprochen werden. So existieren etwa im universitären Bereich lediglich in einzelnen Städten Lesekreise von Zeitschriften. Studentische Hochschulgruppen, die die ideologischen Vorstellungen der 'Neuen Rechten' propagieren (...) bestehen nicht. Über eine Unterstützung namhafter Wissenschaftler verfügt die deutsche 'Neue Rechte' im Vergleich zur 'Nouvelle Droite' ebenfalls nicht".

Zwar ist es richtig, daß die Bedeutung der „Neuen Rechten" häufig überschätzt wird und zweifelsohne hat sie nicht die Meinungsführerschaft in politischen Diskursen übernommen, aber sie hat in einigen wichtigen politischen Fragen wie der „Asylfrage", der Auseinandersetzung gegen die „drohenden Überfremdung Deutschlands", der Uminterpretation der Geschichte unter den Stichworten „Historisierung des Nationalsozialismus" und Kampf gegen die „political correctness" durchaus beachtliche Erfolge erzielen können und ihr Gedankengut in breiten Kreisen der Gesellschaft und der konservativen Parteien verankern können.

Der Hinweis, daß es lediglich in einigen Städten „Lesekreise" gibt, verschweigt schamhaft, daß es sich hierbei um die „Junge Freiheit" handelt. Die Aussage, daß die „Neue Rechte" nicht auf studentische Hochschulgruppen und namhafte Professoren zurückgreifen könne, ist falsch und völlig verharmlosend. Tatsächlich verfügt die „Neue Rechte" über beträchtlichen Einfluß auf studentische Hochschulgruppen wie die studentischen Korporationen, auf Denkfabriken wie das „Studienzentrum Weikersheim", das „Collegium Humanum", auf Verlagsgruppen wie „Ullstein" und „Langen Müller", auf Vertriebenenverbände, die Bundeszentrale für politische Bildung usw. Und natürlich hat die „Neue Rechte" eine ganze Reihe Professoren und Hochschullehrer um sich herum gruppiert, mit denen sie in einer intensiven Auseinandersetzung steht - von **Nolte** bis **Hornung**, von **Knütter** bis **Hepp**.

Das Problem ist nur, daß das BfV bis heute keine der Einrichtungen, Medien und Organisationen benennen will, die im Umfeld der „Neuen Rechten" wirken.

Deutsche Burschenschaft erstmals erwähnt

Neuerdings werden - gleichfalls überraschender Weise - im VS-Bericht die Deutschen Burschenschaft (DB) aufgeführt. Es wird angemerkt, daß sich seit 1993 Informationen aus den Bundesländern mehren, „wonach Rechtsextremisten in einzelnen Burschenschaften Fuß fassen konnten. Das BfV stellt fest, daß mit Blick auf die Abspaltungen von Burschenschaften aus dem Dachverband wegen dessen Rechtslastigkeit, den „Hinweisen auf rechtsextremistische Aktivitäten in Burschenschaften auch künftig nachzugehen" sei.

Am 18.7.1995 stellte die Bundesregierung anläßlich einer kleinen Anfrage der PDS zum Wartburgfest der DB noch fest, daß es keine „verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse" über eine rechtsextreme Durchsetzung der Burschenschaften gebe. Trotz der nun immerhin schon seit 1993 eingeräumten Erkenntnisse über derartige neofaschistische Aktivitäten in den DB schickte die Bundesregierung als offiziellen Vertreter ihren Mann fürs Grobe, Staatssekretär **Bernd Neumann** aus dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, auf das Wartburgfest, um dort eine Grußadresse der Bundesregierung vorzutragen. Und noch in der Antwort betonte die Bundesregierung, daß sie die DB „für eine wichtige gesellschaftliche Gruppe" halten würde (Bundestags-Drucksache 13/2019).

Offenbar mußte die Bundesregierung auch hier dem öffentlichen Druck nachgeben und erstmals von diesem rechtsextrem durchsetzten Dachverband abrücken.

Was fehlt?

Bei der Lektüre des Berichtes ist nach wie vor spannender festzustellen, welche neofaschistischen Gruppierungen, Denkfabriken und Zeitungen fehlen. Bei der PDS geht man nach dem Motto vor: 5.000 durch das BfV als links-



Grußworte der Bundesregierung durch Staatssekretär Bernd Neumann (CDU)

extrem definierte Mitglieder der KPF reichen aus, um die Partei mit ihren 121.000 Mitgliedern insgesamt als linksextrem einstufen zu können. Als Beweis wird angeführt, daß die PDS die KPF innerhalb der Partei „akzeptiert".

Am rechten Rand geht man anders herum zu werke. Hier reichen in der Regel 5 Prozent Konservative in der Mitgliedschaft einer derartigen Gruppierung aus, um eine ansonsten von der Mitgliedschaft und der Ideologie her reine rechtsextreme Organisation ***nicht als rechtsextrem*** einzustufen. So z.B. beim „Deutschen Seminar" und beim „Askania-Verlag".

Besonders hartnäckig ist die Bundesregierung bemüht, die Vertriebenenverbände aus dem VS-Bericht herauszuhalten. Obwohl beispielsweise seit Jahren das BMI einräumen mußte, daß es „Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Ausrichtung der Zeitung „Der Schlesier" gibt, wird dieses Vertriebenenorgan nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Gleiches gilt für die neofaschistisch beeinflußte „Junge Landsmannschaft Ostpreußen", den „Witikobund" und „Witiko-Brief", das „Ostpreußenblatt".

Auch fehlen vollständig die militaristischen Traditionsverbände von der „Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen SS" bis hin zu der neofaschistisch durchsetzten „Ordengemeinschaft der Ritterkreuzträger".

Und erst recht fehlen, natürlich Einrichtungen wie das „Studienzentrum Weikersheim" und die „Siemens Stiftung".

Aber hier ist die politische Nähe der Bundesregierung zu diesen Verbänden und Denkfabriken viel zu sehr gegeben, als daß man diese ins Visier nehmen könnte. Wie soll man der Öffentlichkeit und dem Ausland auch erklären, daß man einer Zusammenarbeit mit Neofaschisten in vielen Fragen durchaus gewogen ist?

Sebastian Schwarz

Von konservativ bis rechtsradikal

Über rechte Sammlungsbestrebungen in Hannover

In der Bundesrepublik finden zur Zeit fast überall sogenannte „Runde Tische" statt. Diese sollen die diversen Strömungen im rechten Lager vereinen und parteiübergreifend als Diskussionsforum dienen. In Hannover ist es zwei Vereinen, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit gelungen, dies in die Tat umzusetzen. Anhand von dem „Rechten Rand" jetzt vorliegenden Unterlagen kann aufgezeigt werden, daß es nicht unbedingt „Runder Tische" bedarf, um sich im rechten Lager zu organisieren.

1991 rief die „Junge Freiheit" (JF) ihre Leser auf, sich in Leserkreisen zusammenzufinden. Mittels dieser Leserkreise sollte eine „konservative Basisbewegung" aufgebaut werden, die den vorpolitischen Raum von rechts besetzen sollte, um langfristig zu einer kulturellen Hegemonie zu kommen. Zwei Jahre später gab es in über 40 Städten JF-Leserkreise, und **Hans-Ulrich Kopp** jubelte in der JF: „Erfreulich ist auch, daß parteipolitische Differenzen hier keinerlei Bedeutung haben und die von totalitären Parteistrategen gewünschte scharfe Abgrenzung zwischen CDU-Mitgliedern und Angehörigen rechtsextremistischer Gruppierungen nur mit einem Lächeln quittiert wird."



Eberhard Klas beim Besuch einer Veranstaltung der neofaschistischen Deutschen Liga für Volk und Heimat

Auch in Hannover fand sich ein Kreis zusammen. Dieser bestand anfangs aus nicht allzuvielen Mitgliedern und dümpelte eher so vor sich hin. Initiiert wurde der Leserkreis von **Hans Joachim Baumbach**, ein alter Bekannter. Seinen politischen Werdegang begann er bei der „Jungen Union" (JU), bei denen er Mitglied im Landesvorstand war. Ebenso war er Vorsitzender in der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" (OMV) der CDU. 1989 trat er dann zu den „Republikanern" über, die er jedoch bald verließ und daraufin deren Abspaltung, „Demokratische Republikaner Deutschlands" (DRD) eintrat. Dort traf er auf **Eberhard Klas**, ebenfalls ex Rep und ex CDU-Mitglied und Vorsitzender der DRD. Neben Klas und Baumbach waren auch eine Reihe anderer „Bekannter" in dem Leserkreis aktiv:

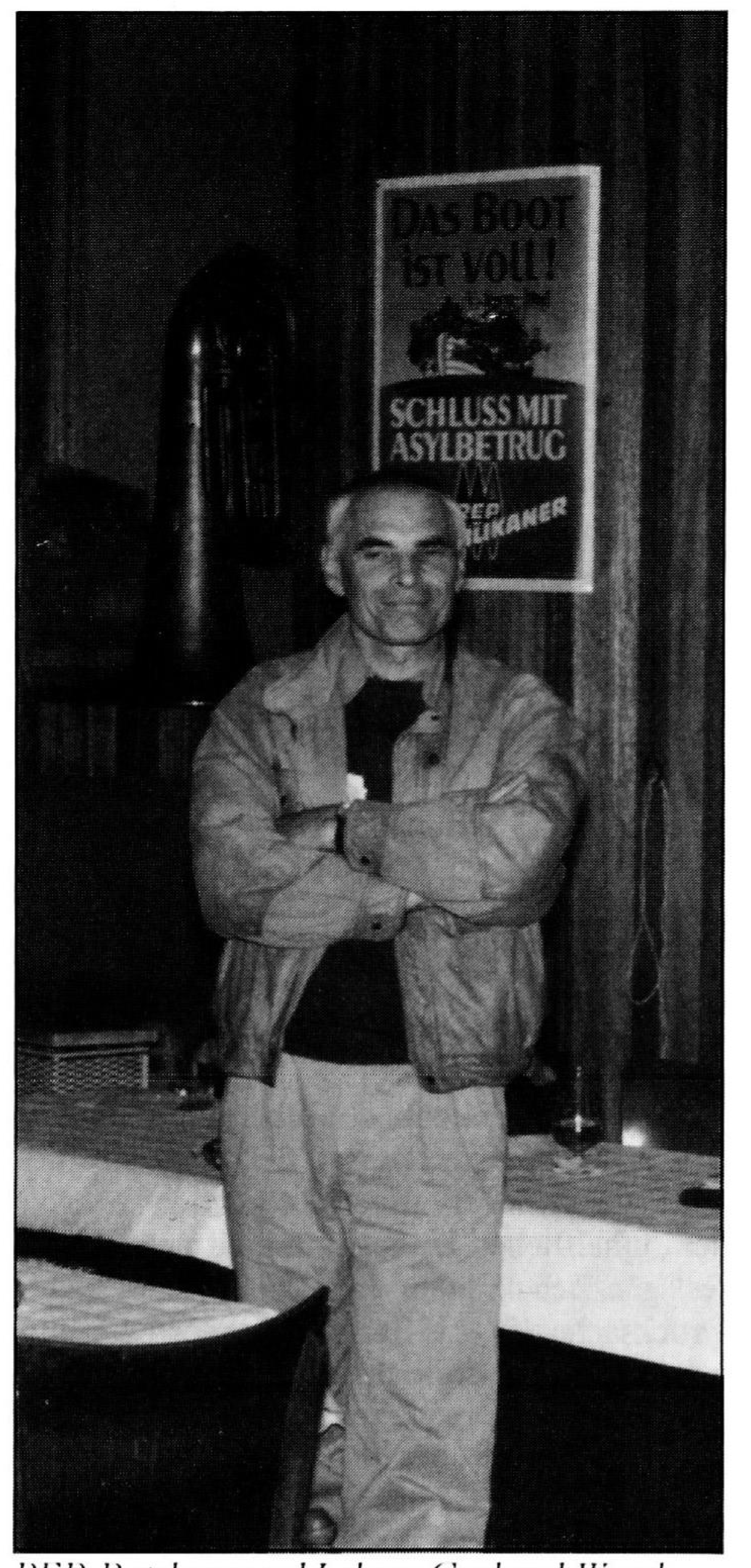
Gernot Dorff, Leiter der „Leitstelle-Nord" des „Bundes Heimattreuer Jugend - Der Freibund" (BHJ) und in der „Deutschen Gildenschaft" (DG) aktiv, die als elitäre Kleinstgemeinschaft innerhalb des Koorperationswesens gilt, und aus der überdurchschnittlich viele Autoren in der JF stammen. Über Dorff wird wahrscheinlich auch der Kontakt zu den „Unitariern" (DUR) in Hannover geknüpft, in deren Räumen sich der BHJ und ab und an auch der Leserkreis traf.

Götz Kubitschek, Mitglied der DG und Autor in der JF.

Udo W. Reinhard, Nationalrevolutionär (ehemaliges NRAO-Mitglied), Gesellschafter der „Junge Freiheit Verlag" GmbH, Autor in diversen ökofaschistischen Blättern.

Dieter von Glahn, ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter der Wehrmacht, ex FDP-, ex CDU-, ex„Konservative Aktion" (KA)-Mitglied, fast mit jeder rechtskonservativen Vereinigung irgendwie verbunden. (weiteres siehe diverse Ausgaben dieser Zeitung)

Zur gleichen Zeit organisierte die „Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V." (STwG), bei der es sich um ein Bindeglied von der rechten CDU bis zu den „Republikanern" handelt, Veranstaltungen mit u.a. **Horst Rudolf Übelacker** (ex Kandidat der Rep-Bayern) sowie weiteren Vertretern des konservativen bis rechtsradikalen Lagers. Nachdem AntifaschistInnen über die Hintergründe und politischen Verbindungen der STwG aufklärten, verlor die STwG ihren Veranstaltungsraum bei dem Sportverein Hannover 96 (DFB-Pokalsieger 1992) und wich in das Parteihaus der hannoverschen CDU aus. Den Kontakt stellte **Felix Schecke**, Vorsitzender der OMV, her. Weitere Veranstaltungen mußten aber aufgrund starker antifaschistischer Proteste abgesagt werden, oder konnten nur noch unter starkem Polizeischutz stattfinden. Nachdem die STwG öffentlich „verbrannt" war, dachte sich der Klüngel um von Glahn wohl, daß ein neuer Veranstalter her muß. So wurde folgerichtig 1994 die „Konservative Sammlung e.V." (KS) gegründet, dessen erster Vorsitzender von Glahn ist. Zweiter Vorsitzender ist **Stephan Nuding** aus Bergisch Gladbach. Nuding, der sich selbst als Schriftsteller bezeichnet, ist der „Ghostwriter" von Glahns. Dessen Memoiren, die im revisionistischen und rechtsradikalen Grabert-Verlag erschienen, wurden von ihm verfaßt. In der KS trifft man auch wieder auf alte Bekannte, wie Klas und Baumbach - letzterer ist nun Öffentlichkeitsreferent. Auffallend ist allerdings eine andere Konstellation. Mit **Lutz Wittenberg** und **Maike Buß** sind auch mindestens zwei VPM-Mitglieder bzw. Sympathisanten in dem Verein vertreten. Die VPM agiert in Hannover allerdings unter dem Namen GFPM (Gesellschaft zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis e.V.). Wittenberg ist ebenso aktiv im „Studentenforum Hannover e.V.", der VPM-Hochschulorganisation. Die GFPM tritt sodann auch als Veranstalter auf und lädt **Hans-Helmuth Knütter** (Autor u.a. von „Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der Linken") zu einem Vortrag ein. Von Glahn und die VPM führen in Hannover auch noch einige andere Veranstaltungen durch. Dabei benutzen sie unterschiedliche Namen, wie z.B. „Bürgeraktion für eine drogenfreie Jugend" bei einer Veranstaltung in der Stadthalle Hannover.



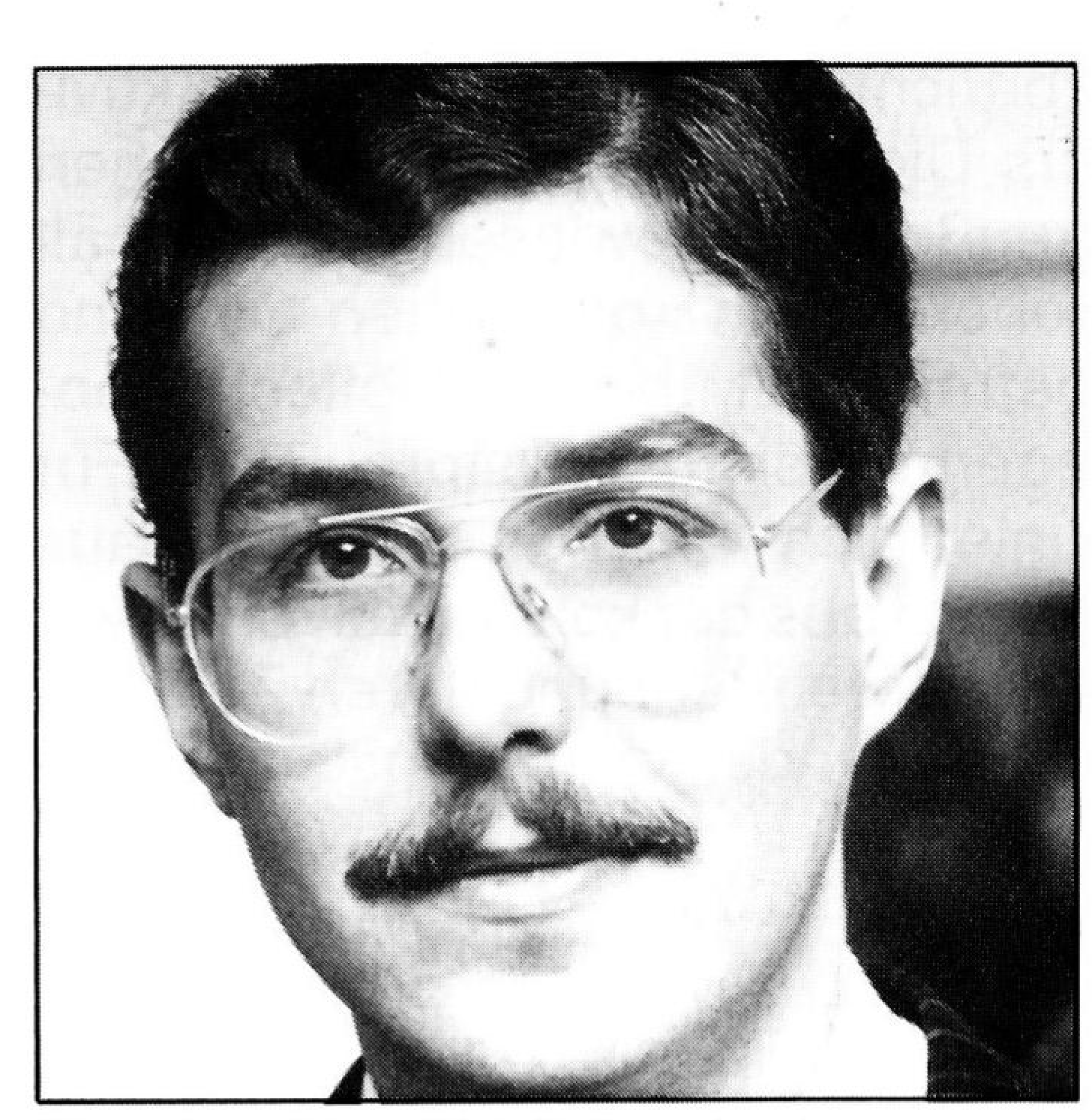
REP-Ratsherr und Lehrer Gerhard Wruck will „Orientierungshilfen" geben

Recht interessant ist auch ein anderer Punkt in der Vereinssatzung. So soll das Vermögen im Falle der Auflösung an die „Ludwig-Frank-Stiftung e.V." (LFS) in Braunschweig gehen.

Vorsitzender dieser Stiftung ist **Hans-Günther Weber**. Weber, ex Oberstadtdirektor und ex SPD-Mitglied in Braunschweig, ist Mitglied der „Paneuropaunion“ (PEU) und fiel in der Vergangenheit durch rechtslastige Leserbriefe, in denen er Stellung für die Reps bezog, auf. Kuratoriumsmitglied in der LFS ist übrigens ein gewisser **Otto von Habsburg**, Präsident der PEU. In der LFS trifft sich fast alles, was sich in der „Braunzone“ tümmelt, vom „Studienzentrum Weikersheim“ über den „Verband Deutscher Soldaten“ bis zur „Evangelischen Notgemeinschaft“.

In diesem Jahr wurde in Hannover noch ein weiterer Verein gegründet, der „Konservative Gesprächskreis Hannover“ (KGH). Zu den Gründungsmitgliedern zählen, man kann es fast erraten, wiederum Baumbach und Klas. Diesmal wird aber nicht mehr versucht, sich den Deckmantel des Konservativen umzuhängen, denn mit **Gerhard Wruck** und **Carsten Stock** sind zwei „Republikaner“ Mitglied im Verein. Wruck ist Ratsherr der Stadt Hannover, lehrt an einem hannoverschen Gymnasium und spendete seiner Partei im Jahre 1994 immerhin etwas über 20.000 DM. Damit war er einer der großzügigsten Spender bei den Reps. Wruck begann seinen politischen Werdegang bei der NPD. Geradezu paradox klingt in diesem Zusammenhang der Zweck des Vereins. In der Satzung heißt es, „Der Verein distanziert sich von politischem Extremismus jeder Couleur. Er bemüht sich um die Vermittlung konservativer Wertvorstellungen und will durch den Dienst an der Gemeinschaft Vorbild sein und Orientierungshilfen geben“. Wohin diese Orientierungshilfen führen sollen, läßt sich anhand der Referentenliste, auf der sich Vertreter von faschistischen und rassistischen Wertvorstellungen aneinanderreihen, leicht erraten. Mit dem KGH ist es den „Republikanern“ offensichtlich gelungen, eine Vorfeldorganisation zu gründen, denn mit Baumbach, Klas und **Horst Schilling** gehörten mindestens 3 weitere Mitglieder des Vereins den „Republikanern“ bzw. ihrer Abspaltung DRD an. Übrigens, im Falle der Auflösung des KGH fällt das Vermögen des Vereins an die KS. Womit der Kreis geschlossen wäre.

Der KGH besitzt mittlerweile auch eine Ho-



Hans Joachim „Hajo“ Baumbach

mepage im Internet (Adresse kann bei der Redaktion erfragt werden). Neben einer Liste der Referenten, einer Selbstdarstellung und Hinweise auf geplante Veranstaltungen befinden sich auf der Seite u.a. auch Links zu **Alfred Mechtersheimers** „Deutschland-Bewegung“, **Manfred Brunners** „Bund freier Bürger“ und der „Jungen Freiheit“. Nicht fehlen darf natürlich die Rubrik „Anti-AntiFa“. Dort kann sich der „aufrechte Bürger“ gleich in mehrere antifaschistische Archive reinklicken, um zu überprüfen, ob Mensch oder Organisation schon in antifaschistischen Archiven bekannt ist. Daß mehrere dieser Boxen über Unirechner zu erreichen sind, veranlaßt den KGH, über „Verschwendung von Steuergeldern an Linksextremisten“ zu klagen.

Tatkräftige Unterstützung erhalten der KGH und die KS aber auch von der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ). In der fast liebevollen Rubrik „Zu Gast in Hannover“ wurden mit Alfred Mechtersheimer und **Gerhard Löwenthal** zwei Referenten in längeren Beiträgen vorgestellt. Nur lesen konnte man über ihre rechtsradikalen Verbindungen und Kontakte in den Artikeln fast gar nichts. Fraglich bleibt allerdings, warum in Hannover mittlerweile drei Vereine wechselseitig als Veranstalter auftreten. Zumindest bei der KS und dem KGH ist man personell derartig verknüpft, daß politische oder persönliche Differenzen ausscheiden. Doch es droht immer noch Konkurrenz. In der Mitgliederversammlung des KGH entschuldigt sich Baumbach für die überstürzte Gründung des Vereins, denn man habe nicht namentlich genannten Kräften in Hannover zuvorkommen müssen, „die mit unlauteren Methoden um Spendengelder kämpften und ebenfalls eine Vereinsgründung vorhätten. Ein Gütetermin sei gescheitert“, heißt es im Mitgliederprotokoll. Höchstwahrscheinlich handelt es sich dabei um die Gruppe Dorff, Reinhard und Kubitschek, denen wohl die „Republikaner“-Dominanz bzw. die VPM-Verbindungen zu weit gehen.

Die Homepage, die Referentenhonorare sowie der Veranstaltungsraum in einem nicht gerade billigen hannoverschen Hotel kosten Geld. Der Mitgliedsbeitrag des KGH von 12 DM im Jahr bei 11 Mitgliedern bringt da nicht viel ein. Man ist auf Spendengelder angewiesen. Die KS und der KGH haben beim Finanzamt die Gemeinnützigkeit beantragt. Es liegt an der antifaschistischen Öffentlichkeit, durch Druck auf die Behörden die Erteilung der Gemeinnützigkeit zu verhindern und damit beiden Vereinen die Möglichkeit zu nehmen, sich über abzugsfähige Spendengelder zu finanzieren.

Referenten des Konservativen Gesprächskreises

Dr. **Alfred Ardelt**, Dozent a.D., Mitglied des „Witikobundes“ und der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“. Er war stellvertretender Landesvorsitzender des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) in Niedersachsen und Autor in der rechtsextremen Zeitung „Wir selbst“ (das Blatt wurde ursprünglich von Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) herausgebracht und vertrat die nationalrevolutionäre Strömung).

Prof. **Robert Hepp**, Mitglied im rassistischen „Schutzbund für das deutsche Volk“, Autor in zahlreichen rechtsextremen Blättern (u.a. „Elemente“, „Junge Freiheit“, „Student“), Verfasser des Buches „Die Endlösung der deutschen Frage“ (Werbetext „Mit Geburtenverweigerung und Ausländerimport zur 'Endlösung der deutschen Frage'?“). Referent auf unzähligen rechtsextremen Seminaren und Tagungen.

Hans-Ulrich Kopp, Mitglied in der rechtsextremen Burschenschaft „Danubia“, der man nachsagt, den bundesdeutschen Rechtsextremismus mit intellektuellem Nachwuchs zu versorgen. Er ist ebenso Funktionär des „Witikobundes“ und referiert bei der laut Verfassungsschutz „größten rechtsextremen Kulturvereinigung“, der „Gesellschaft für Freie Publizistik“. Ebenso ist er Redakteur in der „Jungen Freiheit“ (JF) und war Tagungsleiter bei der JF-Sommeruniversität.

Klaus Kunze, Rechtsanwalt; Mitglied der Burschenschaft „Germania“ in Köln. In den 80er Jahren ist er im Bundesvorstand des „Ring Freiheitlicher Studenten“, den das Amtsgericht Münster dem Kreis rechtsextremer Gruppen zuordnet. 1989 kandidiert er für die „Republikaner“ und ein Jahr später ist er deren Landespressesprecher. Anschließend tritt er als Vielschreiber in der JF auf. Zu seinen Klienten als Rechtsanwalt gehören u.a. **Karl Polacek**, ex FAP-Landesvorsitzender und vom niedersächsischen Innenministerium nach Österreich ausgewiesen, **Siegfried Müller**, ex Kreisvorsitzender der FAP-Hannover, **Thorsten Heise**, ex Landesvorsitzender der FAP und mittlerweile Organisator von faschistischen Konzerten sowie **Hans-Michael Fiedler**, NPD-Funktionär und Schriftleiter der NPD-Landeszeitung „Niedersachsenspiegel“.

Johanna Gräfin von Westphalen, Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“, einer CDU-nahen „Lebensschützer“-Organisation. Außerdem referierte sie 1994 auf dem Kongreß „Mut zur Ethik“, der von der „Europäischen Arbeitsgemeinschaft“ veranstaltet wurde, einer Tarnorganisation der rechten Psychosekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), die in der BRD mittlerweile Unterstützung von zahlreichen konservativen bis rechtsradikalen Kräften erhält.

Christa Meves, Mitherausgeberin des „Rheinischen Merkurs“, Kuratoriumsmitglied im „Förderverein Konservative Kultur und Bildung e.V.“ in dem u.a. auch der Herausgeber der Zeitschrift „Criticon“, **Caspar von Schrenck-Notzing** Mitglied ist. Außerdem ist sie Autorin von zahlreichen rassistischen und sexistischen Artikeln in diversen „Lebensschützer“-Veröffentlichungen. Unterstützerin des VPM.

Michael Wiesberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landtag Baden-Württemberg und Autor in „Criticon“ und der „Jungen Freiheit“.

Gemeinnützigkeit des BdV

In einem Schreiben vom 26.10.95 informierte das Bundesministerium der Finanzen (BMF) die Finanzbehörden der Länder darüber, daß die Vertriebenenverbände mit ihren Satzungen der Gemeinnützigkeit widersprechen. Dies geschehe durch Passagen, die den

* „Anspruch der Volksgruppen und der einzelnen Landsleute auf Rückerstattung des geraubten Vermögens und die sich daraus ergebenden Entschädigungsansprüche" vertreten sowie die
* „Wiedervereinigung mit den Vertreibungsgebieten" oder die „Eingliederung der Vertreibungsgebiete" fordern.

Das Waigel-Ministerium stellt zu diesen Grundsätzen der Vertriebenenverbände ungewohnt und in aller Schärfe fest, daß „solche Bestrebungen im Widerspruch zu den völkerrechtlich verbindlichen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit ihren östlichen Nachbarstaaten und zum Grundgesetz stehen" (Schreiben des BMF vom 26.10.95).

Doch dem BMF geht es nicht darum, den Revanchistenverbänden ernsthaft die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Vielmehr werden die Verbände dahingehend aufgefordert, ihre Satzungen bis Ende 1996 von derartigen Formulierungen zu reinigen, um „ohne Unterbrechung auch in Zukunft die mit der Gemeinnützigkeit verbundenen Steuervergünstigungen in Anspruch" nehmen zu können. In diesem Verfahren wurden die Grundsätze der Gemeinnützigkeit „so weit wie möglich zugunsten der Vertriebenenverbände ausgelegt" (Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS, Bundestags-Drucksache 13/4820).

Obwohl die Revanchisten, auch nach Meinung des BMF, selbst mit ihren Satzungen - in der täglichen Politik sieht dies ja noch viel schlimmer aus - im Widerspruch zum Grundgesetz stehen und völkerrechtlich verbindliche Verträge entschieden bekämpfen, hat die Bundesregierung diese Organisationen seit jeher großzügig finanziell unterstützt. Allein der Bund der Vertriebenen hat 1995 für diese gegen unsere östlichen Nachbarstaaten gerichtete Tätigkeit 8,7 Millionen DM erhalten. Daran hat auch die rechtsextreme Durchsetzung dieser Verbände nichts geändert.

Anti-Antifa

Die (Neo-)Faschisten der Region Oldenburg/Ostfriesland verhielten sich nach der Inhaftierung von **Thorsten de Vries** und seines anschließenden Umzuges nach Hamburg erstaunlich ruhig. Inzwischen kommt es immer wieder zu Auftritten seiner früheren Untergebenen, wenn auch weniger öffentlichkeitswirksam als vor vier Jahren. Mit einem Oldenburger Poststempel versehen erreichte jetzt eine „Hinrichtungsliste" (mit den Namen von 13 Personen und Verweisen auf ihre linke Geschichte) eine Antifaschistin im Landkreis Friesland. Sie selbst wird an vierter Stelle genannt.

Dr. Ulrich Schneider

Dahinter steckt kein „kluger Kopf"

Ein Appell für die Freiheit der Auschwitz-Leugnung in der FAZ

Am 17. Mai 1996 wurden die Leser der FAZ aufgeschreckt von einem Appell: „Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!" 100 Wissenschaftler, Publizisten, Verleger und Buchhändler, darunter 50 namentlich genannte Doktoren und Professoren, hätten „mit Besorgnis zur Kenntnis nehmen müssen, daß in Deutschland in zunehmendem Maße Sondergesetze und strafrechtliche Verfolgung gegen Verleger, Redakteure und Autoren - auch gegen Wissenschaftler - wegen deren begründeter Äußerungen zu bestimmten Fragen der Zeitgeschichte eingesetzt werden." Gemeint ist die schärfere Verfolgung und Verurteilung des Tatbestandes der Auschwitz-Leugnung.

Angeblich werde damit die wissenschaftliche Forschung und die öffentliche Diskussion „unerträglich eingeengt, und der notwendige Prozeß der Wahrheitsfindung" verhindert. Zwar wolle man nicht „zum Inhalt der strittigen Fragen Stellung nehmen", man sehe jedoch in diesen Maßnahmen eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Freiheit von Forschung und Lehre.

Es ist nicht nötig, den Text des Aufrufes im Ganzen wiederzugeben. Wer solches formuliert, erklärt, daß angeblich die Wahrheit über die Massenvernichtung in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern noch nicht gefunden sei. Implizit wird dabei den Auschwitz-Leugnern konstatiert, daß sie angeblich wissenschaftliche Forschungen zu diesem Thema betrieben. Doch wer dafür eintritt, Auschwitz-Leugnern ein Podium der Diskussion zu liefern, plädiert selber für eine „Neubewertung von Auschwitz", faktisch für eine Geschichtsrevision.

Die Liste der Unterzeichner soll durch die Zahl der Doktor- und Professorentitel beeindrucken und die angebliche Seriosität der Anzeige unterstreichen. Doch schaut man sich als Antifaschist die Unterzeichner im Einzelnen an, tauchen viele „alte Bekannte" auf. Dort findet man **Alfred Ardelt** vom Witiko-Bund, **Walter Bodenstein**, der bei der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt referiert, **Richard W.Eichler**, der als „Blut und Boden"-Kunstexperte im „Kulturkreis 2000" bei Grabert veröffentlicht und ebenfalls Mitglied im Witiko-Bund ist. Der ehemalige Direktor der Militärgeschichtlichen Forschungsstelle Freiburg, **Georg Franz-Willing**, findet sich dort ebenso wie sein Kollege **Joachim Hoffmann** - Brüder im Geiste und in ihrer geschichtsrevisionistischen Arbeit auf dem Gebiet der Militärhistorie. Ihnen zugesellt hat sich Brigadegeneral .a.D. **Reinhard Uhle-Wettler**, den man bei den REPs und im Umfeld von „Nation Europa" wiederfinden kann.

Werner-Georg Haverbeck, der Gründer des Collegium Humanum in Vlotho und Unterzeichner des „Heidelberger Manifestes", steht ebenfalls unter dem Appell. Die Verbindungslinie zum „Heidelberger Manifest" stellen auch **Theodor Schmidt-Kaler** und **Emil Schlee** dar. Dabei ist noch nicht einmal gezählt, wieviele der fast 25 % Mediziner, die diesen Aufruf unterschrieben haben, nicht auch das Manifest unterstützten. **Nikolaus von Preradovich**, dessen geschichtsrevisionistischen Ergüsse im Druffel-Verlag, bei Frey, in der Jungen Freiheit und bei der „Gesellschaft für freie Publizistik" zu finden sind, fehlt nicht als Unterzeichner.

Verantwortlicher Organisator dieses Appells ist **Helmut Schröcke**. Auch er besitzt in der Szene bereits einen „guten Ruf". Als Mitglied des Witiko-Bundes und vor allem als Alter Herr der Deutschen Gildenschaft besitzt er zahlreiche Verbindungen in Akademiker-Kreise. Und es dürften manch weitere Alten Herren der DG unter den Unterzeichnern zu finden sein. Vielleicht sind es ja **Heinz Splittgerber** und **Alfred Schwichtenberg**, die gemeinsam im WS 1960/61 ihre Dissertationen an der Technischen Hochschule Hannover eingereicht haben.

Zwischen den Unterzeichnern besteht seit langem ein Netzwerk von Kontakten, das durch gemeinsame Mitgliedschaften, durch Teilnahme an Konferenzen u.a. der Gesellschaft für freie Publizistik oder durch Publizieren in Organen, wie der „Jungen Freiheit", der „Criticon" gefestigt ist. Zu diesem Kreis gehören auch Publizisten und Verleger, die in der veröffentlichten Liste der Anzeige jedoch nicht zu finden sind, wie z.B. **Wigbert Grabert**, **Adolf von Thadden**, **Gerhard Frey**, **Gerhard Sudholt** und **Andreas Molau**. Doch diese Namen waren den Initiatoren scheinbar zu belastet, als daß sie damit positive Resonanz erhofften.

Und es ist bezeichnend für die Entwicklung in der Medienlandschaft unseres Landes, daß einerseits die Initiatoren des Appells in der Leserschaft der FAZ potentielle Sympathisanten ihrer Position erwarten und daß zum anderen die Anzeigenredaktion der FAZ bereit war, diese Anzeige überhaupt aufzunehmen. Es ist sicherlich nicht anzunehmen, daß sich die Zeitung, von der man behauptet, daß hinter ihr früher einmal ein kluger Kopf gesteckt habe, von der Zahl von Akademikern unter diesem Aufruf hat beeindrucken lassen. Eher zeigt sich schon eine gewisse Offenheit gegenüber solchen Positionen in dieser Entscheidung. Dafür spricht auch, daß man am 12.Juni 1996 einen gewissen **Alfred de Zayas**, den man vorher im Criticon finden konnte, im Feuilleton das Buch von Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers Willing Executioners verreißen ließ.

Schweden: Terror gegen Antifa-Zeitung

Die schwedische EXPO konnte im Juni den absoluten Auflagenrekord für eine Antifa-Publikation von 820.000 Exemplaren und mehr als 2,5 Mio. LeserInnen aufstellen. Gleichzeitig sorgte das zweimonatlich erscheinende Magazin, welches erst im September letzten Jahres erstmalig veröffentlicht worden war, selber für Schlagzeilen. Eine ganze Woche lang war EXPO die Titelgeschichte jeder Zeitung, von Nachrichten und Fernsehübertragungen, da schwedische Nazis um John Christopher Ragnes Nationale Allianz (NA) sich zum Ziel gesetzt hatten, das Projekt zum Scheitern zu bringen.

Gemäß ihres Grundkonzeptes, daß Rassismus und Faschismus nicht nur ein Problem für die unmittelbaren Opfer nazistischer Gewalt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen, faschistische Übergriffe also immer auch einen Angriff auf die gesamte Gesellschaft sind, sprach sich die EXPO-Redaktion gegen Sektierertum als ein Hindernis im Antifaschistischen Kampf aus: Man warb bei Konzipierung des Blattes um Unterstützung durch sämtliche Jugendorganisationen der politischen Parteien, ohne Rücksicht auf deren politische Stellung - um Meinungsfreiheit zu gewährleisten im Kampf gegen Rechtsextremisten und totalitäre Ideologien. Politiker und Journalisten zollten infolge davon dem Antifa-Magazin für seine genauen Berichte Respekt.

„Keine Unterstützung für EXPO"

Ende April nun griffen Faschisten vornehmlich die EXPO-Verteilerinfrastruktur, nicht jedoch die Redaktionsräume selbst, an, welche sicher in einem fensterlosen Kellerraum in der Mitte Stockholms liegen. Erstes Ziel der Attacken wurde ein Kiosk, der EXPO vertrieben hatte und nun seine Verglasung einbüßen mußte; ähnliche Übergriffe folgten in den nächsten Wochen. In einigen Fällen erhielten die Besitzer solcher Läden sogar persönlichen Besuch von Nazi-Skinheads, die unmißverständlich androhten, das Geschäft zu zerstören, würde nicht sofort der Verkauf von EXPO eingestellt. Ein Verkäufer wurde sogar gezwungen, statt EXPO das Nazi-Magazin „Nordland" ins Programm zu nehmen. Am 20. April wurden Fensterscheiben eines linken Cafés in Stockholm eingeworfen, vier Tage später wurde das Quartier der Jugendorganisation der Liberalen Partei verwüstet - ein Schriftzug an der Gebäudewand forderte: „Keine Unterstützung für EXPO". Während der Monate April und Mai war dieselbe Jugendorganisation nicht weniger als fünfmal Ziel von nächtlichen Angriffen faschistischer maskierter Kleingruppen. Weitere Ziele waren der Sitz der Sozialdemokratischen Jugendorganisation, der Syndikalistische Handelsunion-Buchladen, die Jugendorganisation der Konservativen Partei, die Schwedische Kibbuz-Assoziation und andere. In jedem Fall wurden die von gesprühten Hakenkreuzen begleiteten Anschläge nach wenigen Tagen wiederholt, so daß das schwedische Fernsehen die Anschlagserie gar „kleine Kristallnacht" nannte. Höhepunkt dieser Serie war ein Übergriff auf die Büroräume der EXPO-Druckerei, welche sofort das Handtuch warf und erklärte, sie könnte das Antifa-Magazin nicht länger herstellen.

Gegenwehr

Auf solche Weise arg in die Defensive gedrängt, begannen zwei EXPO-Leute, die Polizei von dem gemeinsamen Muster und Zweck aller Anschläge zu überzeugen, die jene, da sie in unterschiedlichen Bezirken stattgefunden hatten, noch nicht miteinander in Verbindung gebracht hatten. Doch selbst als EXPO der Polizei eine vollständige Liste der Anschläge und namentlich genannter NA-Mitglieder vorlegte, wurden die Fälle ohne nähere Untersuchungen eingestellt.

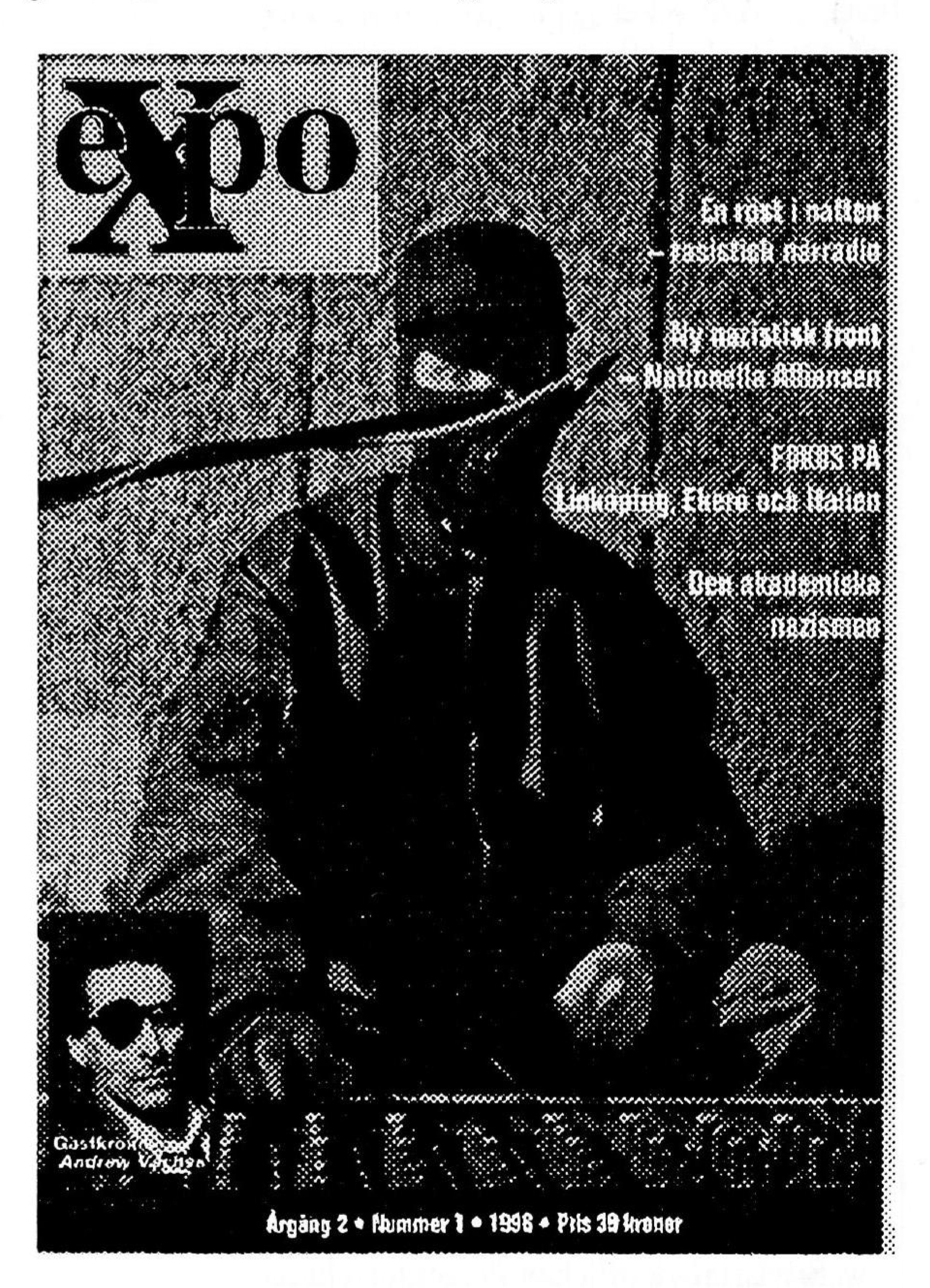
Daraufhin entschloß sich die Redaktion an die breite Öffentlichkeit zu gehen, um dem Angriff auf die Pressefreiheit und der Kriegserklärung an demokratische Organisationen und die Gesellschaft, wie dies seit den 30er Jahren nicht mehr vorgekommen war, entgegenzutreten. Als Folge davon veröffentlichte zunächst das Organ der Jugendorganisation der Liberalen Partei „Nu!" die Geschichte, welche dann von der größten schwedischen Tageszeitung „Dagens nyheter" aufgegriffen wurde.

Innerhalb von wenigen Stunden war EXPO in aller Munde, wurde mit seiner zu der Zeit 3.000 Exemplare großen Auflage zum Symbol für Pressefreiheit. Es kam daraufhin zu Solidaritätsbekundungen in Öffentlichkeit und Medien: Robert Ashberg, ein TV-Show-Moderator spendete spontan umgerechnet 2000 DM und veröffentlichte eine Spendenkontonummer. Christa Jutterström, Herausgeberin des größten schwedischen Revolverblattes „Expressen", äußerte ihre Unterstützung in einem unüblichen Editorial auf der ersten Seite, während Ole Brundin von der Konkurrenz „Aftonbladet" einfach erklärte, keine Nazi-Hooligans würden jemals diktieren, was in Schweden publiziert werden dürfe. In einer historisch einmaligen Aktion erklärten „Aftonbladet" und „Expressen", gemeinsam die nächste Ausgabe von EXPO zu veröffentlichen, welche bereits fast fertig war, als es zu den Übergriffen kam: Die Auflage der EXPO stieg quasi über Nacht von 3.000 auf 820.000 Exemplare. Die Liste der prominenten Einzelpersonen, die sich ferner mit EXPO solidarisieren, scheint nicht aufzuhören und reicht vom bekannten Historiker Peter Engwno, der EXPO von Beginn an unterstützte, über VertreterInnen sämtlicher Parteien bis hin zu Künstlern und dem Eishockey-Star Boo Ahl.

So kam es, daß die Anschlagsserie auf EXPO wenige Tage nach dem Öffentlichwerden sogar von der Justizministerin Laila Freiwalds als „Angriff auf die Gesellschaft" bezeichnet wurde, was ungefähr gleichbedeutend mit einem Anschlag auf die königliche Familie und daher mit Gefängnisstrafe zu verfolgen sei.

Dem Stockholmer Polizeichef Gunno Gunmo dagegen, der wie die Bezirksverantwortlichen öffentlich Kritik vom Nationalen Polizeichef Sten Heckscher hinnehmen mußte, blieb nichts anderes übrig, als eine sofortige Untersuchung der Fälle anzuordnen. Bei Durchsuchungen in den Quartieren der NA fand man daraufhin Sprengstoff und zehn fertige Bomben - was NA-Kopf **John Christopher Ragne**, früher Terrorist der VAM und verurteilt wegen Bankraub, nicht daran hindert, Unkenntnis betreffs der Übergriffe zu heucheln.

Mittlerweile gelang es EXPO, Polizei und



Medien mit Ausgaben des NA-Organs INFO-14 zu versorgen, in denen Anschläge dokumentiert und bejubelt werden. Die Anti-EXPO-Kampagne ist damit nicht nur gescheitert, sie hat auch dazu beigetragen, den Blick einer breiteren Öffentlichkeit auf faschistische Aktivitäten zu richten, sowie EXPO selbst Aufwind und eine größere LeserInnenschaft beschert.

Frei übersetzt von Andrea Böttjer nach einem Vorabdruck aus Searchlight, Antifascist Magazine, Juli 1996

Volker van der Locht

Der Nürnberger Ärzteprozeß und die ärztliche Ethik

Wenn in Deutschland heute über die Zulässigkeit medizinischer Experimente an Menschen, über Sterbehilfe und Euthanasie debattiert wird, dann wird häufig auf die Menschenversuche und die Ermordung angeblich „unwerten Lebens" im Dritten Reich verwiesen, um die Berechtigung einer derart erweiterten ärztlichen Entscheidungsmacht in Zweifel zu ziehen. Dieser historische Vergleich drängt sich zu Recht auf, denn gerade diese Verfügungsmacht über Menschen wurde im Nürnberger Ärzteprozeß gegen führende Mediziner des Dritten Reiches unter Anklage gestellt und mit der Formulierung des sogenannten Nürnberger Ärztekodex der Versuch unternommen, Kranke und Behinderte vor dem Zugriff einer allmächtigen Medizin zu schützen. 1996 jährt sich der Beginn dieses Prozesses zum fünfzigsten Mal.

Am 9. Dezember 1946 begann der Nürnberger Ärzteprozeß vor dem amerikanischen Militärgericht Nr. 1. Angeklagt wurden 23 führende SS-Ärzte, Wissenschaftler und Verwaltungsbeamte wegen Verschwörung, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation. Bis zum 19. Juli 1947 dauerte das Gerichtsverfahren. Am 20. August des selben Jahres wurde das Urteil verkündet: Sieben Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang, fünf zu lebenslanger, zwei zu zwanzigjähriger, je einer zu fünfzehn- und zehnjähriger Haft verurteilt und sieben Angeklagte freigesprochen (siehe Kasten).

Der Prozeß und seine Bedeutung

Die Wirkung des Prozesses in Richtung einer kritischen Reflexion des Geschehens während des Dritten Reiches hingegen war begrenzt. Zum einem lag dies an der Anzahl der Angeklagten; und zum anderen lag es daran, daß die Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Ärztekammern zwar selbst einschätzte, daß 350 von insgesamt 90.000 tätigen Ärzten während des Dritten Reiches in Medizinverbrechen involviert waren, aber diese Erkenntnis die Standesorganisation nicht daran hinderte, sogleich die Verbrechen zu relativieren. Im März 1949 stellte sie fest, „daß nur ein verschwindend geringer Teil der Standesangehörigen die Gebote der Menschlichkeit und der ärztlichen Sitte verletzt hat". Jene Feststellung war ein Resultat des Berichtes, der unter dem Titel „Diktat der Menschenverachtung" von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke als Beobachter der Nürnberger Prozesse noch vor Abschluß des Prozesses den Ärzten vorgelegt wurde. Der Bericht löste heftige Reaktionen aus. Einzelne Ärzte, die erwähnt werden, gerichtlich aber nicht belangt wurden, versuchten die Verbreitung der Dokumentation zu verhindern. Insbesondere Prof. **Rein**, damals Dekan der größten deutschen Universität in Göttingen und während des Krieges Mitglied der deutschen Akademie für Luftfahrtforschung, trat hierbei massiv in Erscheinung.

Obwohl die medizinkritische Intention der Dokumentation erhalten blieb, blieb sie einem potentiell interessierten Publikum zur Einsicht entzogen. Zwar hatte der 51. Deutsche Ärztetag vom 16. Oktober 1948 beschlossen, eine überarbeitete Fassung unter dem Titel „Wissenschaft ohne Menschlichkeit" in einer Auflage von 10.000 Exemplaren unter den deutschen Ärzten zu verteilen, doch eine Resonanz gab es nicht. Im Vorwort der 1960 erschienenen Ausgabe resümierte Mitscherlich rückblikkend über die zweite Dokumentation: „Im Gegensatz zum 'Diktat der Menschenverachtung' blieb jetzt die Wirkung völlig aus".

Statt einer kritischen Reflexion führte das Buch „Wissenschaft ohne Menschlichkeit" zur Weißwäsche deutscher Mediziner. Dank der Publikation beschloß der Weltärztebund, die deutschen Mediziner wieder in ihre Reihen aufzunehmen; sie interpretierten diese als Distanzierung der Ärzteorganisationen von den nationalsozialistischen Medizinverbrechen.

Die „Action Paperclip"

Begrenzt wurde die Wirkung des Prozesses aber auch durch die alliierten Sieger selbst. Unmittelbar nach Kriegsende führte der amerikanische Geheimdienst die sog. „Action Paperclip" (Büroklammer) durch, bei der bis 1946 einige 10.000 Tonnen an Dokumenten mit Forschungsprotokollen etc. in die USA zur Auswertung geschafft wurden. Motiviert war diese Aktion durch den Kalten Krieg. Ein weiteres Motiv war die Ergänzung des Wissens des US-amerikanischen Wissenschaftskomplexes. Insbesondere die Forschungsergebnisse der Unterkühlungsversuche von KZ-Insassen aus Dachau waren für die Entwicklung des amerikanischen Raumfahrtprogramms wichtig. Ohne diese hätte diese Technologie nicht den Aufschwung in der Nachkriegszeit nehmen können.

Für den Prozeß war die „Action Paperclip insofern relevant, daß wichtiges Beweismaterial für die Anklage nicht präsent war.

Der Nürnberger Ärztekodex damals ...

Jenseits der wissenschaftlichen Verwertung der NS-Forschungsergebnisse setzte das Nürnberger Gericht mit dem sog. Nürnberger Ärztekodex Maßstäbe bei der Bewertung ärztlicher Heilpraxis und medizinischer Forschung. Der Wert des Kodex lag darin, daß er erste menschenrechtliche Garantien zum Schutz der Versuchspersonen gegenüber der medizinischen Forschung feststellte. Im einzelnen regelte er sinngemäß u.a.:

1. Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist ohne Ausnahme unbedingt erforderlich.
2. Der Versuch muß fruchtbare Ergebnisse für das Wohl der Gesellschaft erwarten lassen, die durch andere Forschungsmittel und -methoden nicht zu erhalten sind.
3. Das Experiment muß so geplant werden, daß auf vorhandene Kenntnisse aufgebaut werden kann.
4. Es darf kein Versuch durchgeführt wer-

Aus dem Urteil des 1.Amerikanischen Militärgerichtshofes

Verurteilt zum Tode durch den Strang:
Viktor Brack, Oberdienstleiter in der Kanzlei des Führers
Prof. Dr. med. **Karl Brandt**, Reichskommissar für Sanitäts- und Gesundheitswesen
Dr. jur. **Rudolf Brandt**, Persönlicher Referent des Reichsführers SS
Prof. Dr. med. **Karl Gebhardt**, Oberster Kliniker beim Reichsarzt SS, Präsident des Deutschen Roten Kreuz
Dr. med. **Waldemar Hoven**, Lagerarzt im KL-Buchenwald
Prof. Dr. med. **Joachim Mrugowsky**, Chef des Hygiene-Institut der Waffen-SS
Wolfram Sievers, General-Sekretär der Gesellschaft Ahnenerbe, Direktor des Institut für wehrwissenschaftlichen Zweckforschung
Verurteilt zu lebenslanger Haft:
Dr. med. **Fritz Fischer**, Assistenzarzt der Heilanstalt Hohenlychen
Dr. med. **Karl Grenzen**, Chef des Sanitätswesen der Waffen-SS
Prof. Dr. med. **Siegfried Handloser**, Chef des Wehrmachtssanitätswesens
Prof. Dr. **Gerhard Rose**, Chef der Abteilung für tropische Medizin am Robert Koch Institut
Prof. Dr. med. **Oskar Schröder**, Chef des Sanitätswesen der Luftwaffe
Freigesprochen u.a.:
Dr. med. **Kurt Blome**, Stellvertreter des Reichsgesundheitsführers
Dr. med. **Adolf Pokorny**, Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Dr. med. **Hans Wolfgang Romberg**, Abteilungsleiter an der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt
Dr. med. **Konrad Schäfer**, Assistent am Chemo-therapeutischen Laboratorium der Schering AG

den, wenn der Tod oder dauerhafte Verletzungen bei Versuchsbeginn absehbar sind.

5. Der Versuch darf nur von wissenschaftlichen Personen durchgeführt werden.

6. Der Versuchsperson bleibt es freigestellt, das Experiment jederzeit zu beenden.

7. Der Versuchsleiter muß jederzeit bereit sein, das Experiment abzubrechen, wenn sich herausstellt, daß ernsthafte Gefährdungen oder Nachteile für die Versuchsperson zu erwarten sind.

Die Schwächen des Kodex sind offensichtlich. Nur einige Fragen seinen angemerkt: Was besagt die Freiwilligkeit bei der Zustimmung? Erinnert nicht die Rede von den fruchtbaren Ergebnisse zum Wohl der Gesellschaft an die Sprache vom „beträchtlichen Nutzen“ für die Gesellschaft, wie sie in Artikel 16 Absatz 1 des im Septembers 1995 vorgelegten Entwurfs für eine europäische Bioethik-Konvention verwendet wird? Nach diesem Artikel sollen Menschen in Forschungsprojekte einbezogen werden, die nicht in der Lage sind einzuwilligen. Was besagt die Regelung unter Punkt fünf, daß der Versuch nur von wissenschaftlichem Personal durchgeführt werden soll? Waren es nicht auch im Dritten Reich Wissenschaftler, die die Verbrechen begingen?

... und die Entwicklung danach

Trotz der zum Teil günstigen Regelungen für die Wissenschaft ging den Forschern der Nürnberger Kodex nicht weit genug. Sie fürchteten, nicht genügend Versuchspersonen zu bekommen. Deshalb waren sie seit Jahren darum bemüht, die Regeln des Kodex aufzuweichen. Schon 1959 führte der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil die Unterscheidung zwischen Heilungsversuch und wissenschaftlichen Experimenten wieder ein und machte nur für das Experiment die strengen Zustimmungen der Versuchspersonen verbindlich.

Ähnliche Tendenzen lassen sich auch international feststellen. In der 1964 vom Weltärztebund verabschiedeten Deklaration von Helsinki über die klinische Forschung wurde sowohl für den Heilversuch als auch für das wissenschaftliche Experiment die ersatzweise Einwilligung eines rechtmäßigen Vertreters gefordert. In der 1975 in Tokyo revidierten Fassung der Helsinki-Deklaration wurde schließlich der Katalog der Gruppe von Versuchspersonen erneut erweitert. Unter Punkt 11 der allgemeinen Grundsätze sollte es nun möglich sein, auch Minderjährige und geistig oder körperliche Behinderte in das wissenschaftliche Experiment einzubeziehen.

Wenn heute bei der geplanten europäischen Bioethik-Konvention in Artikel 16 der nicht-therapeutische Eingriff bei nicht-entscheidungsfähigen Kranken eingeführt werden soll, dann steht dies vor dem Hintergrund der Geschichte in einer direkten Kontinuität der Bestrebung der Ärzte, die durchaus kritisierbaren aber dennoch ausbaufähigen Maßstäbe des Nürnberger Ärztekodex - als Lehre aus dem Dritten Reich - auszuhöhlen. Der Philosoph Günter Anders hat beschrieben, welches Menschenbild dahinter steht: „Da die Welt prinzipiell als Rohstoff gilt, muß auch das Weltstück 'Mensch', damit das Prinzip nicht verletzt wird, als solcher behandelt werden“.

Gekürzter Nachdruck aus: die randschau, Nr. 1/96



Der Sturmbannführer der Waffen-SS
Dr. med. Erwin Ding
vom Hygiene-Institut der Waffen-SS
führt zu Untersuchungszwecken
hochinfektiöses Material bei sich.
Es wird gebeten, ihn gegebenenfalls
zu unterstützen.

Hauptsturmführer d. Res.

Ausweis mit Foto von Sturmbannführer der Waffen-SS, Dr. med. Erwin Ding (auch Ding-Schuler)

Andreas Speit

52 Jahre danach - Beisetzung von NS-Euthanasie-Opfern

Von 1939 bis 1945 war der Bedarf an „Menschenmaterial“ für die medizinische Forschung und Lehre enorm, und es bestanden weder Skrupel noch Bedenken, sich dieses zu bestellen oder gar selbst in städtischen „Heil- und Pflegeanstalten“ auszusuchen. Eine der von NS-Ärzten für medizinische Experimente Mißbrauchten war Irma Sperling. 52 Jahre danach fanden ihre sterblichen Überreste zusammen mit denen neun weiterer Opfer am 8. Mai in Hamburg ihre letzte Ruhestätte.

In den frühen Morgenstunden des 16. August 1943 deportierte man Irma Sperling zusammen mit 228 anderen Mädchen und Frauen mit Bussen der „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH“ von den Alsterdorfer Anstalten zur Wiener Tötungsanstalt „Am Steinhof“, dem heutigen Psychiatrischen Krankenhaus - Baumgarten Höhe. Knapp fünf Monate später starb die Vierzehnjährige in der angegliederten Kinder-Fachabteilung nach den Experimenten „im Dienste der Wissenschaft“. Ihre Leiche obduzierten die Ärzte, ihr Gehirn wurde präpariert. Ein Jahr später bekam die Familie neben der Sterbeurkunde, auf der die typische Todesursache für die NS-Euthanasie-Morde „Grippe, Lungenentzündung“ steht, die Rechnung geschickt: 2.592,50 RM.

Dank des Engagements ihrer Schwester Antje Kosemund (67) setzte man ihre sterblichen Überreste und die der anderen Opfer im Rahmen einer Gedenkveranstaltung auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung bei. Über eineinhalb Jahre kämpfte sie, unterstützt von der Ev. Stiftung Alsterdorf und der VVN-BdA, um die Freigabe der „Gehirnpräparate“.

Diese waren bis vor kurzem noch Bestandteil der Gehirnsammlung „euthanasierter Kinder“ des Klinikums und dienten weiterhin Forschung und Lehre. „Erst als ich mich direkt an den Bundespräsidenten Klestil und Bundeskanzler Vranitzky wandte, beschleunigte sich die Entscheidung“, berichtete Antje Kosemund.

Aufgrund einer Bitte der Staatsanwaltschaft Wien, der sie nachkam, verzögerte sich die Rückführung. Mit Hilfe der Präparate sollte der Wiener Arzt Dr. **Heinrich Gross** (79) wegen seiner Tätigkeit in der NS-Euthanasie-Maschinerie belangt werden. Doch wie vor 41 Jahren, als Dr. Werner Vogt ihm vorwarf, an der „Tötung Hunderter angeblich geisteskranker Kinder mitbeteiligt“ gewesen zu sein, ohne Erfolg. So ist Gross, der sich auch als Gerichtsgutachter verdingte, bis heute unter Richtern und Arztkollegen wohlgelitten.

Den Gottesdienst, mit dem die Gedenkveranstaltung auf dem Ohlsdorfer Friedhof für diese zehn und die weiteren 489 Euthanasie-Opfer begann, eröffnete der Vorstandsvorsitzende der Ev. Stiftung Alsterdorf, Rolf Baumbach. Die Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel mahnte Wachsamkeit an, Michael Wunder von der Ev. Stiftung stellte das Verhältnis von „Euthanasie und Wissenschaft“ dar und ging auf die aktuelle Bioethik-Debatte ein. „Täter ohne Schuld?“ benannte auch Helmut Stein, VVN. Zuvor stellte Antje Kosemund Fragen, die 50 Jahre danach noch immer unbeantwortet sind. „Für die Erinnerung, gegen das Vergessen“, wie es der Zeitzeuge W. Roggenthien aus den Alsterdorfer Anstalten nannte.

Matthias Rauch

Monarchisten und Ökofaschisten diskutieren Gemeinsamkeiten

In ihrem Mitteilungsblatt "Ökologie" weist die Partei "Unabhängige Ökologen Deutschlands" auf das Interesse der monarchistischen Gruppe "Tradition und Leben" an einer Zusammenarbeit hin. Obwohl laut "Ökologie" erstmal nur der Austausch der eigenen Zeitungen vereinbart worden sei, zeigt sich, daß von den Unabhängigen Ökologen ein weitergehendes Interesse besteht.

Neben der Ankündigung einer engeren Zusammenarbeit findet sich in der selben Ausgabe der "Ökologie" ein Artikel von **Heinz-Siegfried Strelow**, in dem dieser die Gemeinsamkeiten zwischen Monarchismus und Ökofaschismus aufzeigt.

Anhand der gegenwärtigen monarchistischen Bewegung in Rußland, die - laut Strelow - die einzige Gruppierung in der GUS sei, die sich für ökologische Anliegen einsetzen würde, analysiert er eine Übertragbarkeit der Koalition von ökologischem Denken und Monarchismus auf Deutschland. Für ihn ein wichtiges Thema, da es "auf eine interessante, bislang kaum diskutierte geistige Nachbarschaft verweist".

Strelow knüpft in seiner Analyse an den deutschen Romantischen Konservatismus des frühen 19. Jahrhunderts und seinen Hauptvertreter Adam Müller an. Prägend für den Romantischen Konservatismus war seine Kritik an der Industrialisierung und die Idealisierung der mittelalterlichen Ständeordnung. In diesen Positionen drückte sich die politische Basis des Romantischen Konservatismus aus, der als Interessenvertretung des Adels- und Junkertums zu werten ist. Diese sahen in der aufkommenden Industrialisierung, die insbesondere in Preußen von einem von der Aufklärung beeinflußten Monarchismus gefördert wurde, eine Bedrohung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht, die sich aus dem großen Landbesitz des Junkertums und somit aus dem Agrarsektor ableitete. Daher die Kritik an der Industrialisierung und der positive Bezug auf eine mittelalterliche Ständeordnung, in der die Macht des Adels gesichert war.

Zentrale Positionen des Romantischen Konservatismus finden sich in der Ideologie der Unabhängigen Ökologen wieder. Beide sehen den Menschen eingebunden in "natürliche" Ordnungen, die einen auf Ewigkeit ausgerichteten Charakter hätten. So wird das Zusammenleben eines Volkes, seine sich von allen anderen unterscheidende, eigene Identität, die gesellschaftlichen Hierarchien, eine mystische Verbundenheit mit der 'Heimat' und eine aus dem traditionellen Christentum entspringende Gesellschaftsordnung als natürlich angesehen. Aber besonders die Zivilisationskritik der Unabhängigen Ökologen, die sich in der Abgrenzung zu "Fortschrittsglauben und Wachstumswahn" und als Gegenpol in der Idealisierung einer "bäuerlichen Gesellschaft" ausdrückt, dürfte den Bezug auf den romantischen Konservatismus erklären.

Tradition und Leben

Die Gruppe "Tradition und Leben", die den Untertitel "Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchistischen Gedankens" trägt, tritt für eine Monarchie ein, in der der Monarch sich nicht "auf eine rein repräsentative Funktion beschränken" solle.

In ihrem Modell nimmt der Monarch die Position einer ausgleichenden Instanz zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen innerhalb des Staates ein. Dieses Modell, das Carl Schmitts Buch "Die Diktatur" entliehen ist, gesteht dem Staatsoberhaupt in Krisenzeiten die Ausschaltung demokratischer Instanzen zu. Ihre Hoffnung auf das Staatsoberhaupt in spe richtet sich auf das Haus Hohenzollern und somit den Ururenkel von Kaiser Wilhelm II, den derzeit 19-jährigen Internatsschüler Prinz **Georg Friedrich von Preußen**.

Durch die starke Beteiligung des Hauses Hohenzollern an der Arbeit von "Tradition und Leben" nimmt diese Vereinigung unter den monarchistischen Gruppierungen in Deutschland eine besondere Rolle ein und wird als Dachorganisation gewertet. Während andere Gruppen weitgehend in ihren Träumen von der Vergangenheit verharren, ist „Tradition und Leben" mit einigen ihr nahestehenden Gruppen die einzige Strömung, die den Monarchismus in Deutschland wieder zur politischen Macht führen will. Daß sie dabei auf relativ verlorenem Posten steht, schreibt sie vor allem Fehlern innerhalb des monarchistischen Spektrums zu. So habe die Abkehr **Otto von Habsburgs** vom monarchistischen Gedanken und die von ihm betriebene Integration dieser Strömung in die österreichische Paneuropa-Union die Position im deutschsprachigen Raum entscheidend geschwächt.

Neben dem Versuch, auf propagandistischem Weg die Position des Monarchismus in Deutschland zu fördern, bietet die mit "Tradition und Leben" eng verbundene Gruppierung "Monarchiefreunde" mittlerweile ein zweites Standbein. Sie ist seit dem 5. Juli 1995 als Partei vom Bundeswahlleiter anerkannt und strebt eine Teilnahme an den nächsten Bundestagswahlen an. Hierbei rechnet sie großspurig mit einem Wahlergebnis von über 5%. Für die Zukunft sogar noch mit mehr, da sich angeblich 55% der Deutschen vor vier Jahren für einen Monarchen statt eines Präsidenten ausgesprochen hätten.



Heinz-Siegfried Strelow

Monarchismus als Handlungsalternative

Diese Ankündigung einer Annäherung stellt die Frage nach einer Handlungsalternative für Teile des rechtsextremen Spektrums, die in der Monarchie eine "natürliche" deutsche Gesellschaftsform sehen. Die Bedeutung dieser Handlungsalternative ist nicht zu unterschätzen, füllten doch im vergangenen Jahr zahlreiche Nachkommen des Adels- und Junkertums, die nach 1945 im Gebiet der späteren DDR als Profiteure oder Mittäter des NS-Systems enteignet wurden, die Leserbrief-Seite z.B. der FAZ. In ihren Briefen kritisierten sie derart vehement die Bundesregierung, daß eine Umorientierung ins politische Lager rechts der Union zwangsläufig erscheint. Schon jetzt gibt es zahlreiche Verbindungen zwischen dem Spektrum der Monarchisten und dem des organisierten Rechtsextremismus; so sucht das "Tradition und Leben"-Mitglied **Olaf Hillert** über Kleinanzeigen in der "Jungen Freiheit" nach Interessenten für einen monarchistischen Arbeitskreis in Berlin, andere Mitglieder wie **Knut Wissenbach** und Prof. Dr. **Wolfgang Stribrny** sind gerngesehene Referenten im Vertriebenen-Spektrum.

Auch im größten Traditionsverband ehemaliger Soldaten, dem rechtslastigen Kyffhäuserbund, gibt es seit Januar 1996 eine monarchistische Strömung, die Traditionsgemeinschaft "Kaiser Wilhelm I.", an deren Gründung das "Tradition und Leben"-Mitglied **Carsten Reuß** maßgeblich beteiligt war. Die Bezugnahme auf Kaiser Wilhelm erklärt die Traditionsgemeinschaft damit, daß dieser als "Personifizierung der deutschen Einheit" gelte und verantwortlich für die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht sei, da er in dem "mündigen Bürger den geborenen Verteidiger seines Vaterlandes" erkannt habe. Diesen Gemeinschaftssinn will die Traditonsgemeinschaft - laut eigenen Angaben - gerade in Zeiten der allgemeinen "Orientierungslosigkeit und geistig-moralischen Entwurzelung" hochhalten.

Auch wenn der Monarchismus in Deutschland wahrscheinlich keine größere gesellschaftliche Wirkung entfalten können wird, bietet er doch zumindest eine neue Legitimation für Teile des rechten Spektrums. Da die Integrationsfähigkeit der bürgerlichen Demokratie immer weiter sinkt, was sich nicht nur in der zurückgehenden Beteiligung an Wahlen zeigt, könnte das Bild einer Instanz, die die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen zu einer angeblich ausgewogenen Entscheidung zum Wohle des Ganzen führt, breite Akzeptanz finden.

Astrid Kirchhof

'Leib'-Philosophie und New Age - Grundbausteine des Feminismus?

Als Vorstandsfrau des im April '96 gegründeten Landesverbandes der feministischen Partei 'Die Frauen' versucht die freischaffende Berliner Philosphin Annegret Stopczyk den Einstieg in die Politik. Als Arbeitsschwerpunkt sei es ihr wichtig, eine 'mütterliche Internationale' aufzubauen. Was eine angebliche Feministin damit meint, wird deutlich bei einem Blick auf ihre 'Leib'-Philosophie.

Als Dozentin für Lehrende des neuen Brandenburger Lehrfaches Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER), hatte sie bereits die Möglichkeit, die fragwürdigen Inhalte ihrer Philosophie weiterzugeben. Bei näherer Recherche ihrer früheren Aktivitäten ergibt sich ein rundes, wenn auch bedenkliches, Bild.

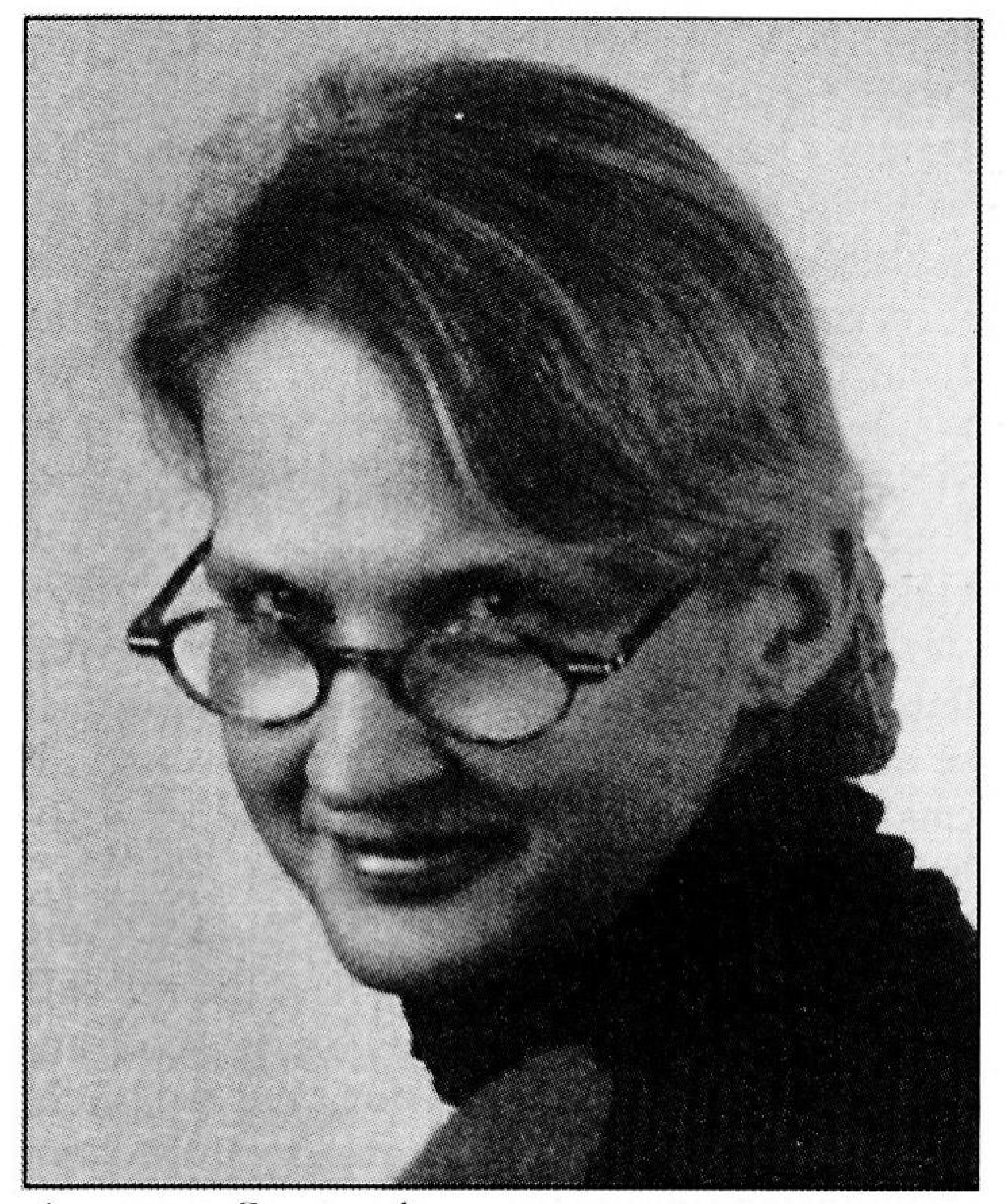
Im März und April 1991 wurde im Schulfunk des SDR/SWF eine sechsteilige Sendereihe ausgestrahlt, die mit dem Namen *Leibphilosophie* titelte, und in der die Berliner Philosophin **Annegret Stopcyk** ihre Theorie den Hörerinnen und Hörern näherbrachte. 'Unser Leib ist nicht nur einfach unser Körper. In der bisherigen Philosophie wurden Körper und Geist getrennt [...]. Es hatte zur Folge, daß wir die Verbindung zwischen unserem Geist und unserem Körper kaum noch wahrnehmen können. Früher wurde die Verbindung Gemüt genannt, ein schönes deutsches Wort, [...], im modernen Wort, Gefühlswelt. Ja, und das meine ich mit dem Wort >Leib<'. >Sophia< (Philo-sophia ; A.K.) versteht Stopcyk als (weibliche) Weisheit, in dem Lebenserfahrung eine große Rolle spiele, wobei sie die 'Mächte erziehender Frauen'betont, denn 'es gibt eine spezifisch weibliche Erkenntnis'.

Bessere Zeiten - stammesgesellschaftliche Verbände und Blutslinien

In Abgrenzung zum klassischen Griechenland (4. Jh. v.u.Z.) und der sich dort entwikkelnden 'vernünftigen' Philosophie beruft sich Stopczyk auf mutterzentrierte Gesellschaften der 'archaischen Zeit', die sich durch Lehrerinnen und Priesterinnen, Muttergottheiten und weise Frauen ausgezeichnet hätten. In den 'stammesgesellschaftlichen Verbänden' sei das Haus die Entscheidungsstätte gewesen und die Frau die Entscheidende. Mit den Stadtstaaten (ab 800) seien geschriebene Gesetze aufgekommen, statt der alten Bräuche und Sitten oder Blutslinien (!) und leiblichen Bindungen. Die Kämpfe 'für das Vaterrecht und gegen die Beibehaltung der mutterzentrierten Gesellschaften' datiert Stopczyk auf etwa 1000 v.u.Z.. Das, was sie die 'archaische Zeit' nennt, wird von der Geschichtswissenschaft auf die Spanne vom 8. bis zum Anfang des 5. Jahrhundert festgelegt und ist hinsichtlich der Stellung der Frau jedenfalls soweit erforscht, daß es beispielsweise noch Priesterinnen gab, darüber hinaus sich die Stellung der Frau jedoch verschlechterte, möglicherweise wegen der gestiegenen Bedeutung des Krieges, von der Teilnahme daran Frauen ausgeschlossen waren. Die Zeit des 7. Jh. v.u.Z. als 'vorpatriarchalisch' zu bezeichnen, ist jedoch nicht aufrecht zu erhalten. Bei dem von Stopczyk genannten Zeitraum des Überganges von einer matriarchalischen Kultur zu einer patriarchalischen (1000 v.u.Z) muß sie Einsichten haben, die WissenschaftlerInnen entgangen sind. Die Zeit von 1200 - 800 v.u.Z. wird ganz allgemein das 'Dunkle Zeitalter' genannt, weil hierüber jegliche Quellen fehlen.

Daß Frauen, und vor allem Göttinnen, eine herausragende Rolle in vielen Mythen spielten, sind jedoch keine neuen Erkenntnisse - und genau die gibt Stopczyk vor zu haben. Folgen wir weiter ihrer Leibphilosphie. Mit den klassischen Philosophen wie Sokrates, Platon oder Aristoteles und ihrer 'vernunftorientierten' Philosophie beginnt für Stopczyk das eigentliche Patriarchat und dadurch die bewußt herbeigeführte Trennung von Körper und Geist.

Ansätze zu abstraktem, statt bildlichem und auf Mythen oder Erfahrung basierendem Denken gab es jedoch bereits bei den ionischen Naturphilosophen (7. Jh. v.u.Z.). Die Umbrüche dieser Zeit sind weniger auf eine patriarchalische Verschwörung zurückzuführen, als vielmehr auf einen zwingend zivilisatorischen Prozeß. Platon noch hatte die größten Schwierigkeiten mit dem zu seiner Zeit sich vollziehenden Übergang der Oralität zur Schriftlichkeit. Deshalb nimmt er in seinen Schriften weiterhin starken Bezug auf alte Mythen, und erzählt mehr als er definiert. Stopczyk sagt über die klassische Zeit: 'Das geschriebene Wort war nun wichtig, ebenso Logos und Vernunft. [...] Vorher, [...], galten das gesprochene Wort und die mündliche Rede [...] bestimmte, was als Wahrheit und Weisheit anerkannt wurde', statt 'geschriebener Gesetz[e]'. Sie plädiert dafür, sich von den Grenzen der Vernunft frei zu machen, da Vernunft Erkenntnis einzig darin suche, 'in dem gerade vom konkreten Leben abstrahiert werden soll'. Die eigene Natur würde als etwas Fremdes erkannt und folglich seien die ökologischen Probleme beispielsweise nicht mit herkömmlichem Vernunftsdenken zu lösen. Sei es doch diese patriarchalische Vernunft, die die ökologischen Probleme verursacht habe. Sophia, laut Stopczyk weibliche Weisheit und Lebenserfahrung, beinhalte männliche Vernunft, das mütterliche Prinzip subordiniere das männliche. Auffällig ist, daß der Logos, der hier verurteilt wird, von der Autorin angewandt wird, um zu einem Urteil zu kommen. Wenn Philosophie bzw. Sophia Lebenserfahrung ist, so hieße das, daß vor allem erfahrene, also in der Regel ältere Menschen allein wirklich urteilen können und dürfen. Es dürfte beispielsweise niemand über das Dritte



Annegret Stopczyk

Reich urteilen, der es nicht miterlebt, nicht 'erfahren' hat. Durch Abstraktion, durch Nachdenken zu einem Urteil zu kommen wird deshalb aversiv von Stopczyk behandelt, da Frauen in der Geschichte von dem 'Vernunftgedanken' ausgeschlossen waren. Sie spricht sich für die Abschaffung des Vernunftgedankens vor allem deshalb aus, damit Frauen aus der vernünftigen Welt nicht mehr ausgeschlossen werden können. In ihrer bewußten Betonung der Frau als 'leiblich' emotionales Pendant zu 'männlicher Vernunft' spricht sie all jenen aus dem Herzen, die die vermeintlich biologistische Aufteilung der Geschlechter ideologisch vertreten. Statt dafür einzutreten, daß jeder Mensch, sowohl Mann als auch Frau, vernunftbegabt ist, argumentiert Stopczyk biologistisch mit umgedrehten Vorzeichen. Die weibliche Fähigkeit zum leiblichen Fühlen (laut Stopczyk genetisch bedingt) ist mehr Wert als die ('männliche') Ratio. Der Schritt, nicht nur Geschlechter biologistisch aufzuteilen, sondern auch Ethnien, ist naheliegend, und wurde bzw. wird von einigen oft genug vollzogen.

Das Gebären bestimmt das Bewußtsein?

Um 'eigenleiblich' denken zu können, sollten wir uns mehr 'auf den Magen einlassen, dahinspüren und jenen Gedanken lauschen, die da kommen', ist schließlich der Rat, den Stopczyk uns erteilt. Da der Körper das Denken bestimme, beeinflusse auch die weibliche Möglichkeit zu gebären die Denkweise maßgeblich. Ihre 'Philosophie der Geburtlichkeit' sieht schließlich auch eine spezifisch weibliche Erkenntnis vor, wozu jedoch jede Frau erst einmal Mutter sein müßte, um zu einer weiblichen Erkenntnis zu kommen. In ihrer Kritik der Vernunft, die zu globaler Ausbeutung unserer Umwelt geführt habe, blendet Stopczyk aus, daß diese durchaus nicht nur im westlichen Abendland stattfindet, das sich darauf beruft seine Wiege in der antiken 'vernunftorientierten' Kultur zu haben und daß sich als Reaktion hierauf gerade in Westeuropa eine starke öko- und friedensbewegte 'vernünftige' Klientel entwickelt hat.

Hinsichtlich unseres von der Natur entfremdeten Wissens preferiert die Autorin die Na-

Olaf Goebel

Schlüsselfunktion im neofaschistischen Lager

Einfluß und Bedeutung der „Jungen Nationaldemokraten“

Da ist er wieder, der VS-Bericht 1995, dieses Jahr vorgestellt vom Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU). Wie immer nicht viel Neues: Die Nazis sind 800 mehr geworden und jetzt 6.200. Grund ist nicht ein Zulauf bei den Rechten oder die Attraktivität nazistischer Ideen, nein - Schuld ist allein eine neue Erfassungsmethode, Gott sei Dank. Dafür machen die Kameraden jetzt weniger, nur noch 570 Gewalttaten statt 1500 wie 1994. Auch hier also alles in Ordnung.

Wie? Was pöbeln da jetzt schon wieder diese Nestbeschmutzer von der PDS? Und allen voran wieder diese Ulla Jelpke, die alles besser wissen will. Kein Wunder, daß die Anti-Antifa ein Flugblatt über sie gemacht hat. Also, was behauptet die jetzt schon wieder? 16.420 rechtsextremistische Ermittlungsverfahren. Das wären ja für jeden von Kanther entdeckten Nazi etwas über zweieinhalb Straftaten. So ein Schmarrn. Und dann müßte man noch die ansteigende Zahl antisemitischer Volksverhetzungsdelikte dazurechnen. Da lachen ja die Hühner, so aktiv sind die rechten Kerle doch nie im Leben!!!

ja schon mal eine Aussage. Daß er für diese Erkenntnis doch immerhin zwei Jahre gebraucht hat, verzeiht man ihm doch gerne.

Doch zur weniger witzigen Realität. Der JN kommt im neofaschistischen Lager immer mehr eine Schlüssel- und Sammlungsfunktion zu. Ein Blick sei kurz auf die JN-Highlights des Jahres 1996 geworfen:

- sogenannter Hans-Münstermann-Marsch am 24.2. in Aschaffenburg mit etwa 300 Nazis.
- Demo von NPD und JN am 9.3. im thüringischen Sonneberg mit über 100 vorwiegend jugendlichen Teilnehmern.



Schon beim „Rudolf-Heß-Marsch“ 1993 in Fulda marschierten die „Jungen Nationaldemokraten“ Seite an Seite mit der FAP und Kadern der GdNF

Aber vielleicht hat der Manni (K.) sich ja verzählt? Sind's vielleicht doch mehr Rechte und dann auch weniger Straftaten pro Mann? Was ist eigentlich mit den über 9.000 Neonazis aus **Meinolf Schönborns** NF-Datei? Aber was sagen schon Zahlen? Immerhin hat Manni ja eins gemerkt: Bei den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der Jugendorganisation der NPD, da tut sich was. Es sei aufgrund der Verbote dort ein verstärkter Zulauf durch Neonazis zu vermerken. Abgesehen davon, daß bei Neonazis auch mit einem Zulauf von Neonazis und niemandem anderen zu rechnen ist, ist das

- am Osterwochenende vom 5. bis 7. April 96 veranstaltete die JN im thüringischen Gera ihre traditionelle Osterschulung. Im Kreise von ca. 60 Teilnehmern referierten u.a. der neue NPD-Vorsitzende **Udo Voigt** über ideologische Grundlagen des Nationalismus und **Albert Lemmel** über Fragen nationaler Volkswirtschaft. Dr. **Rainer Oberlercher** vom „Deutschen Kolleg“ stellte in einer Tagesschulung seinen Reichsverfassungsentwurf sowie sein 100-Tage-Notstandsprogramm vor. Diskussionsrunden und Schulungen zu Rhetorik, Rechtskunde, zum Kaderverständnis, zu Arbeitsweisen wirksamer Anti-Antifa-Arbeit sowie zum Thema organisierter Nationalismus rundeten das Programm der JN-Schulung ab.
- JN-Aktionswoche vom 26.04.- 05.05.1996 unter dem Motto: „Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national!“
- „Zentraler Kampftag“ am 1.Mai mit Aufmarsch von 300 Nazis in Berlin-Marzahn
- Bundeskongreß der JN in Leipzig am Pfingstwochenende (25./26.5.)

Diese kleine, bestimmt unvollständige Sammlung der JN-Aktionen zeigt zum einen die verstärkte Aktivität der nationalrevolutionären Jugendorganisation, aber auch deren breite Palette. Innerhalb der rechten Szene nimmt die JN eine immer wichtigere Rolle für die Schulung und Organisation von Nazis ein. Allein die Themen der „Osterschulung“ geben einen interessanten Einblick. Parallel wird ein offensichtlich funktionsfähiger, bundesweiter Ordnerdienst aufgebaut, dessen Leiter **Achim Ezer** ist. Seine Leute waren z.B. für die Kontrolle aller Teilnehmer des „2. Europakongresses der Jugend“ der JN am 16.12.95 im oberfränkischen Gerach mit 300 Rechten verantwortlich. Der Kongreß war konspirativ vorbereitet worden und stand unter dem Motto „Nie wieder Imperialismus! Nie wieder Krieg! Europäischer Nationalismus bis zum Sieg!“ Es wurden Reden von Vertretern aus Kroatien, Holland, Österreich, Griechenland, Spanien und Rumänien gehalten. Schriftliche Grußbotschaften kamen aus Belgien, Portugal, Frankreich, Ungarn und Nordirland.

Aber nicht nur der Ordnerdienst, der regelmäßig Ausbildungs- und Schulungslager durchführt, weist auf eine praktisch-konspirative Ausbildung der JNler hin. In **Steffen Hupkas** neuster Ausgabe des „Umbruch“ (Mai 1996) findet sich ein Kapitel zur staatlichen Überwachungspraxis. Hupka selbst meldete das „Referat: Sicherheit“ zuletzt in der Szene zurück und kümmert sich derzeit sowohl um die ideologische Schulung als auch um die Erfassung und Bekämpfung von „Volksfeinden“ (siehe dazu: DRR Nr. 39, S. 14 f). In der Datenbank der verbotenen Nationalistischen Front (NF) wurde er als Kader geführt. Als er noch in Hannover wohnte, war er in einer dortigen Wehrsportgruppe aktiv und später in Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“(ANS/NA). Bei der JN macht er seit 1982 mit. Ein weiterer Schulmeister der JN und der militanten Rechten überhaupt ist **Wolfgang Nahrath**, ehemaliger Chef der nach Hitler Jugend-Vorbild aufgebauten „Wiking Jugend“(WJ), die schon Kleinkinder militärisch schulte. Er soll bei der diesjährigen Sommersonnenwende der JN am 22.Juni 1996 die „Feuerrede“ halten und ist auch sonst ein gern gesehener Gast auf vielen JN-Veranstaltungen. In der Einladung zur Sonnenwendfeier heißt es weiter:

„Auf dem Programm stehen unter anderem Balladen von Rainer F., bekannt durch die CD „Stinkende Zecken“. Genügend Zeltmöglichkeiten sind ebenso wie ca. 200 Übernachtungsplätze vorhanden.“ In einem Interview betont der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel**, „daß man mit einem 'kleinen Häuflein' gut ausgebildeter und aufeinander eingespielter Kameraden“ ziemlich viel erreichen kann. Ideologisch sieht er die JN in nächster Nähe zur NF.

Zur geistigen Ausbildung und Schulung or-

ganisiert die JN z.B. nationalrevolutionäre Strategiediskussionen in ihren Publikationen, an der sich Autoren der „Jungen Freiheit", „Criticon", „Nation Europa" und der „Deutsche Rundschau" ebenso beteiligen, wie Mitglieder der „Republikaner" und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat". Darin heißt es u.a.: „Heute stehen wir im Begriff, in Sachen rechter Normalisierung zum Entwicklungsland zu werden. Selbst in Italien sind „fundamentalistische" Positionen, nationale nämlich, heute (beinahe) mehrheitsfähig. Von wegen „geläuterter Patriotismus": nicht einmal der Name Mussolini taugt in der Stiefelrepublik noch zum Stigma, im Gegenteil. „Faschismus heißt für mich, die Dinge in Ordnung zu halten", sagte die wahlkämpfende **Alessandra Mussolini** der Journaille ins Mikrophon. Und in Rußland philosophiert Rechtsaufsteiger **Schirinowskij** mit erfrischender Offenheit über einen „National-Sozialismus mit menschlichem Gesicht". Abgesehen davon, daß der NS auch durch Auschwitz kein menschliches Gesicht hatte, erscheint es schwer zu glauben, daß irgendwer über eine menschenverachtende Weltanschauung „philosophieren" kann."

Ideologisch und praktisch befindet sich die JN momentan in einem aktuellen Aufwärtstrend. Sie formuliert, daß es das „Ziel einer Kaderorganisation sein muß, daß sich die Kader wie die Fische im Wasser ihrer Massenorganisation und/oder Sympathisanten bewegen können". Sicher nichts Neues, aber die JN schafft es derzeit, das sowohl inhaltlich wie praktisch durchzusetzen, und knüpft dabei an aktuelle Probleme in der Bevölkerung an. „In diesem Jahr muß es für uns revolutionäre Nationalisten/innen ganz deutlich darum gehen, die katastrophale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Herrschenden anzugreifen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für eine sozial gerechte Verteilungspolitik kann aber in letzter Konsequenz nur durch eine radikale Abkehr vom unsozialen kapitalistischen Wirtschaftssystem erfolgreich sein. Unser antikapitalistischer Kampf ist deshalb ein entschlossener Kampf gegen Profite, die auf dem Rükken der arbeitenden Menschen erwirtschaftet werden. Jetzt gilt es, die sozialen Probleme, mit denen Arbeitnehmer/innen in immer stärkeren Ausmaß tagtäglich zu kämpfen haben, in den Mittelpunkt nationalistischer Politik zu stellen. Gerade unter dem Gesichtspunkt, daß diese Entwicklung in den nächsten Jahren noch zunehmen wird, ist die soziale Frage der Dreh- und Angelpunkt zukünftiger politischer Entwicklungen und Veränderungen in der BRD. Die große Bedrängnis, in der sich das kapitalistische System befindet muß jetzt von uns dazu ausgenutzt werden, uns als eine echte politische Alternative in die Wahrnehmung des Volkes zu bringen. Was könnte sich da besser anbieten, als den 1.Mai, der Tag der nationalen Arbeit, kämpferisch dafür zu nutzen. Wir Nationalisten/innen (übrigends scheint es seit kurzem bei den Rechten auch Frauen zu geben; O.G.) dürfen diesen Tag nicht den marxistischen Klassenkampfparolen überlassen, sondern müssen dagegen unser Leitbild der solidarischen Volksgemeinschaft herausstellen. Da heute die Macht des Kapitals auf der Seite der Volksfeinde steht, ist das international organisierte Kapital unser Feind. Angesichts dieser politischen Situation bewertet es der JN-Bundesvorstand als sehr positiv, daß die antikapitalistische Position, besonders unter der jungen Generation des nationalistischen Widerstands, immer breiteren Raum gewinnt." Ohne an dieser Stelle auf die ideologische Lüge des Begriffs „Volksgemeinschaft" einzugehen zeigt sich, daß die JN durchaus „up to date" ist. Konsequent mobilisiert sie dann auch ihre Leute in diese Richtung: „Am 15.Juni 1996 führt der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Großdemonstration in Bonn durch. Wir rufen Euch auf, an dieser Demonstration teilzunehmen. Inhaltlich wird nach heutigem Erkenntnisstand gegen die Spargesetze der Bundesregierung und die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit demonstriert. Beides sind Themen zu denen gerade wir als Nationale eine eigene Meinung haben und zu denen wir auch etwas sagen können. Die regionale Organisation des 'Nationalen Blocks' bei der Demonstration sollten die einzelnen örtlichen 'freien' Kameradschaften und Ortsverbände der nationalen Parteien übernehmen. Die überregionale Steuerung sollte über die üblichen Nachrichtenwege laufen, die den Führungskameraden bekannt sind."

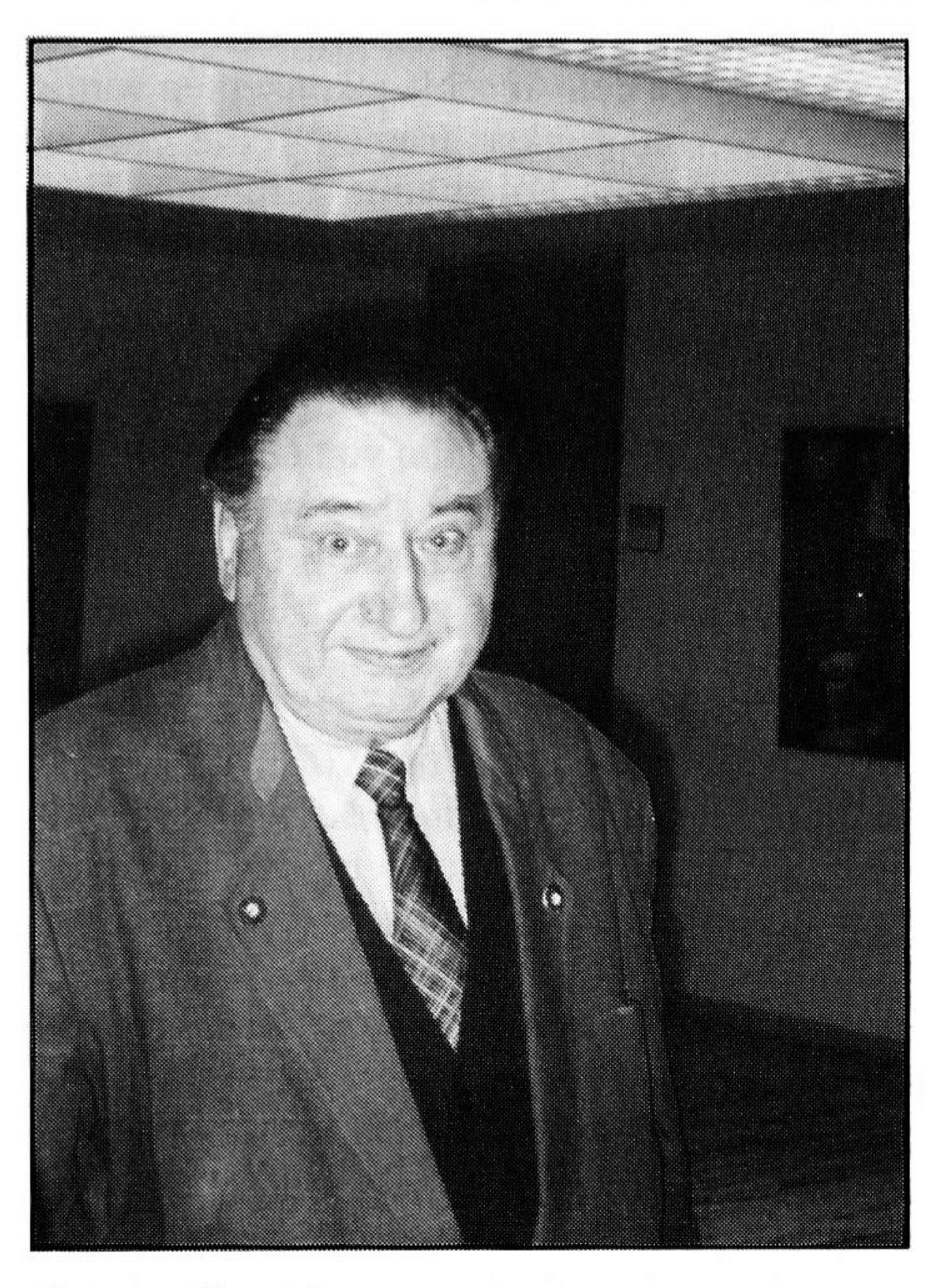
Wie groß der Einfluß der JN ist, zeigt sich einerseits an der ständigen Präsenz im Datenverkehr des rechten Computernetzes „Thule" und der Nutzung für konspirative Organisation (siehe oben) und an folgenden Publikationen, die direkt von der JN bzw. aus deren Umfeld stammen:

Zündstoff (Berlin/Brandenburg), Umbruch (Quedlinburg), Einheit und Kampf (Hamburg), Junges Franken (Nürnberg), Vorderste Front (München)

Sebastian Schwarz

Bosse verurteilt

Der Vorsitzende der „Die Deutsche Freiheitsbewegung" (DDF) und Herausgeber der Zeitschrift „Recht und Wahrheit" (RuW), Georg Albert Bosse, ist erneut vom Amtsgericht Wolfsburg verurteilt worden. Diesmal wegen Volksverhetzung und böswilliger Verächtlichmachung des deutschen Staates zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und einer Geldstrafe von 4000 DM. Die Freiheitsstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.



Georg Albert Bosse

Bosse hatte in der Ausgabe November/Dezember der antisemitischen und faschistischen Zeitschrift RuW von „Machern" und „Weltmafia" geschrieben, die man „packen" und zum „Teufel jagen" sollte. Diese klar gegen Jüdinnen und Juden zielenden Angriffe wollte die Verteidigung Bosses, Rechtsanwalt Dr. **Womelsdorf,** dem Gericht als gegen keine bestimmte Personengruppe gerichtet verkaufen. Der in Hannover ansässige Anwalt war im Jahre 1979 Verteidiger im sogenannten „Bückeburger Prozeß", in dem u.a. Michael Kühnen auf der Anklagebank saß. Dort bezeichnete er die Urteile des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals als „Sieg des jüdisch-bolschewistischen Untermenschentums". Ein standesrechtliches Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde ein Jahr später eingestellt. Das Gericht in Wolfsburg ließ sich allerdings nicht auf die Ausführungen von Womelsdorf ein, da der Bezug selbst für deutsche Gerichte allzu deutlich ist: Nach Aussage der RuW werde die Welt von einem König aus dem Hause David diktiert. Zudem bezeichnet Bosse die Weimarer Republik und die BRD als „freimaurische Mißgeburten".

In einem anderen Verfahren wurde ein Urteil des Amtsgericht Wolfsburg vom Landgericht Braunschweig abgemildert. Im Februar 1996 war Bosse wegen der Leugnung des Massenmordes an Jüdinnen und Juden im deutschen Faschismus zu einer Strafe von sechs Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 4000 DM verurteilt worden. Bosse hat hier nur gegen das Strafmaß, nicht aber gegen das grundsätzliche Urteil Berufung eingelegt. Das Landgericht milderte dann auch die Strafe auf vier Monate und 2000 DM Geldstrafe.

Insgesamt zeigt sich immer wieder, daß die Gerichte sich scheuen, diesen überzeugten Faschisten endlich konsequent in seiner Handlungsfreiheit einzuschränken. Der Antisemitismus und der offene Bezug auf den deutschen Faschismus wird von RuW so vehement und offensiv wie von kaum einem anderen faschistischen Organ vertreten. Auch die Gerüchte von der bevorstehenden Auflösung der DDF haben sich nicht bestätigt, Bosse wurde im Frühjahr dieses Jahres als Vorsitzender bestätigt. *(Quelle: Presseerklärung des Antifaschistischen Plenums Wolfsburg)*

Alfred Alt

NF- Prozeß in Braunschweig

Anmerkungen zum Ausgang des Braunschweiger NF-Prozesses

Am 17.5.1996 wurde der Kopf der Braunschweiger NF, Uwe Preen, vom Landgericht Braunschweig zu insgesamt vier Jahren Haft, seine Mitstreiter Uwe Mokry, Ulf Müller und Christian Ellermeyer zu jeweils einem Jahr auf Bewährung und zu Geldauflagen zwischen 1100 und 2400 DM verurteilt. Alle vier haben sich der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 schuldig gemacht. Ziel der Gruppe sei es gewesen, wenn auch in wechselnder Zusammensetzung, Straftaten zu begehen.

Uwe Preen, der 1989 noch Mitglied im Gründungsvorstand im Kreisverband Braunschweig der „Republikaner" war, wurde der Bildung einer kriminellen Vereinigung als Rädelsführer, des Besitzes verbotener Waffen, des Umgangs mit explosionsgefährlichen Stoffen, der gefährlichen Körperverletzung, des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, der Urkundenfälschung und der Verletzung des Briefgeheimnisses für schuldig befunden. Bei Preen wurden sogenannte „taktisch-operative Konzepte" (TOK) gefunden, die u.a. folgendes beinhalteten:

PROPAN (Prominente in Panik): Brand- und Giftanschläge auf, Fememorde gegen „Verausländer"; WILDSAU: Beschaffung von Waffen durch Überfälle auf Jäger und Förster; PROZENT (Prominente Zeitgenossen entführen); Autos sabotieren und das Familienleben von „Feinden" zerstören. Zu letzteren wurden gerechnet: Landesinnenminister, Richter, Staatsanwälte, „Parasiten, Bullen und Schwätzer".

Passend zu den Anschlagskonzepten wurde eine Liste von „Linksextremen", eine „Todesliste" sowie eine Fotomappe gefunden. **Uwe Mokry** hatte behauptet, diese Bilder nach dem NF-Verbot gemacht zu haben. Dies wurde vom Staatsanwalt als „sehr wenig glaubhaft" bezeichnet. Diese Recherchen reihen sich in die Anti-Antifa-Arbeit ein, die von der militanten Neonazi-Szene 1992 gestartet wurde. Die in der Broschüre „Der Einblick" erfaßten „Feinde" sollten terrorisiert werden bis zur „endgültigen Ausschaltung".

Von der Braunschweiger NF wurden u.a. Autonome, PDS-, DKP- und GRÜNEN-Funktionäre, Juden, Polizisten und der Direktor der NORD/LB mit einem ungeheuren Aufwand ausspioniert und z.T. bis zu ihren Wohnungen verfolgt. Dies alles, obwohl die Listen nach Aussage der Angeklagten ausschließlich zum Schutz vor Autonomen angelegt worden waren. Neben Privatwohnungen wurden das Gebäude der Kriminalpolizei, die jüdische Synagoge, Jugendzentren, eine türkische Begegnungsstätte, Diskotheken und Kneipen fotografiert, die als Treffpunkt von Autonomen und Linken eingeschätzt wurden. In einem - von der Polizei abgehörten - Telefonat wurde Mokry aufgefordert, Fotos vom Gewerkschaftshaus und von Schwulenlokalen zu machen. Mokry dazu wörtlich: „Nach Machtübernahme alles weg! Bumm!". Auf der „neuen Todesliste" finden sich Namen wie Clinton, Kohl, Weizsäker, Galinski, aber auch die von Braunschweiger Staatsschutzpolizisten. Einer der letztgenannten, der Beamte Eppert, erklärte, die Todeslisten seien von der Polizei als grober Scherz eingeordnet worden. Auch die Bedeutung der TOK wurde von der Polizei trotz der Existenz der dazu passenden Listen heruntergespielt. Der Beamte Schmoock sagte, die Konzepte seien nur teilweise durch die Anlegung von Dossiers umgesetzt worden. „Das andere klingt nach Indianerspielen", ergänzte er wörtlich.

Diese Einstellung der Polizei zieht sich über die ganze Dauer der Ermittlungen hin. Dem anonymen Hinweis am 11.1.1992 auf die Existenz eines Schnellfeuergewehrs wurde erst ein halbes Jahr später (2.7.1992) in Form einer Hausdurchsuchung nachgegangen! Dem Staatsschutzbeamten Brasche wurde schließlich mitgeteilt, bei seinen Ermittlungen bezüglich der NF handele es sich um Bagatellkriminalität. Konsequenterweise erhielt er, der auch noch für „Links-" und „Ausländerextremismus" zuständig war, keine personelle Unterstützung. Er bekam nach eigener Darstellung nächtelang Drohanrufe, wurde mehrfach von Nazis angegriffen, sein Haus mit einer Gotcha-Pistole sowie sein Auto beschossen. Da andere Polizeibeamte auf seine Anfrage hin teilweise einfach nicht erschienen, habe er einige Rechtsextremisten (teilweise Skinheads) „eigenhändig vermöbelt, um wieder ruhig schlafen zu können". Brasche führte weiter aus, der Verfassungsschutz habe Hinweise darauf gehabt, daß Polizeibeamte mit dem Ziel der Waffenbeschaffung überfallen werden sollten.

Neben Kisten von Propagandamaterial und Gegenständen mit Hakenkreuzen wurden vor allem riesige Mengen von Waffen und waffenfähigem Material beschlagnahmt. Wegen der Bedeutung dieser Funde soll hier eine längere Darstellung folgen:

Bei Durchsuchungen in Braunschweig wurden, so LKA-Pressesprecher Egon Westphal Ende September 1992, „eine oder zwei Waffen" gefunden, „mehr waren es nicht".

Eine genauere Untersuchung von Preens Wohnungen förderte später folgendes zutage: Ein halbautomatisches Selbstladegewehr, Typ „Army Jäger", nachträglich versehen mit Tarnanstrich und Schalldämpfer, passend dazu 431 Schuß Munition und eine Anleitung zu einem baugleichen Typ, eine Schleuder, mit der man Muttern verschießen kann, die Polizeihelme durchschlagen, Kartuschen, weitere Patronen, Übungsmunition, Schwarzpulverpreßlinge, 2463 g Schwarzpulver für die Erstellung von Rohrbomben, die - mehrfach kopierte - Beschreibung zum Bau einer Rohrbombe, ein Armbrustpfeil mit Aufschlagzünder, eine umgebaute Syphon-Patrone, die Pulver enthielt und eine erhebliche Splitter- und Druckwirkung gehabt hätte, ein Pfeil mit Aufschlagzünder, Präzisionsluftgewehre, Knallerbsen, Zündschnüre, Treibladungen für Vorderladerwaffen, eine selbstgebaute Elektrovorrichtung, die für eine Brandsprengvorrichtung nutzbar ist, ein Rauchsignal, Kohlensäureflaschen, große Mengen von Chemikalien, Zündhölzchen, Gewehrimitationen aus Metall, ein Beil und drei Schlagstöcke, Wurfsterne, Krähenfüße und zahlreiche Messer. Preen wollte nach Auffassung des Staatsanwalts eine Splitterhandgranate bauen und hat sich nach Zeugenaussagen ernsthaft mit Sprengstoffanschlägen und Fahrzeugmanipulationen beschäftigt, sowie dazu Versuche durchgeführt. Schon in der Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern vom 26.11.1992 gegen die NF hieß es, daß die Funde in Braunschweig eine „ernsthafte Beschäftigung mit Anschlagsplänen erkennen" lassen.

Bei Mokry wurden ein Nunchako, ein Fingergriffmesser mit integriertem Schlagring und arretierbarer Klinge („ganz gefährlich", so der Richter), ein Stahlrohr, ein beidseitig geschliffenes Schwert und eine Übungshandgranate sichergestellt.

Bei **Mario Arnswald** hat der Zeuge **Schulenburg** Schreckschußrevolver, Schlagstöcke, Munition und Handgranatennachbildungen gesehen.

Ausbildung an Waffen und Waffenattrappen waren bei der Braunschweiger NF an der Tagesordnung, Schießübungen vorgesehen. In Preens Wohnung befand sich eine - offenbar benutzte - Zieleinrichtung für Luftpistolen. Wehrsport wurde praktiziert, in der Form, „wie man es im Kriege macht" (so der ehemalige Mitstreiter Schulenburg), ein Stellungskrieg wurde simuliert.

Auch vor der Anwendung von Gewalt gegen Menschen schreckten die Faschisten nicht zurück: Im Anschluß an das Jahnstraßenfest 1991 wurden Autonome gezielt überfallen, **Ulf Müller** schlug im Museumspark mit anderen Nazis Schwule zusammen. Seit September 1992 hatte es dort zahlreiche Überfälle gegeben (29 wurden vor Gericht aufgerollt), bei denen mit äußerster Brutalität vorgegangen wurde und auch Messer, Schreckschußpistolen und Nunchakos zum Einsatz kamen.

Preen wurde in diesem Prozeß auch wegen Körperverletzung verurteilt. Er hatte in betrunkenem Zustand, nachdem ihm türkische Kinder vor das Fahrrad gelaufen waren, „dreckige Zigeuner" gerufen und zwei erwachsene Türken mit einem Klappmesser verletzt. Daß Preen auch sonst nicht zimperlich war, belegen seine acht Vorstrafen und die von der Polizei abgehörte Äußerung, für politische Gegner solle man nicht einmal mehr Kugeln verschwenden, man solle sie vielmehr aufhängen.

In NF-Kreisen wurden weitere Verbrechen geplant. Auch die Aussage des Staatsanwalts, auf die Zentralstelle für Asylbewerber sollte ein Brandsatz geworfen werden, wurde von Mokry bestätigt: „Über das Anzünden von Asylantenheimen wurde geredet". In einem weiteren Telefonat sagte **Christian Ellermeyer**: „Aktionen laufen in Braunschweig in Richtung Gräber schänden". Bei der Planung, so der Staatsanwalt, seien alle Angeklagten zugegen gewesen.

Handzettel, die die Toten des Holocausts auf

74.000 herunterrechnen, wurden an Prominente verschickt und waren, so ein Zeuge, „kistenweise vorhanden". Der Inhalt dieser Pamphlete ist strafbar, es handelt sich hier um die „qualifizierte Auschwitzlüge".

Bei den Treffen der NF ging es vor allem um Rassenkunde und Themen aus der Zeit des Nationalsozialismus, so der ehemalige Mitstreiter Schulenburg. Folgende Aufgabenteilung habe bestanden: Arnswald (damals dem engeren Kreis zugehörig) warb Interessenten, Aktionsführer waren Müller und Ellermeyer, für „schriftliche Sachen", das Verteilen von Plakaten u.ä. waren Mokry und Preen verantwortlich gewesen. Der Zeuge Schulenburg wurde mehrfach bedroht, zuletzt einen Tag vor seiner Aussage in dem Prozeß.

Erwähnenswert ist die Art, wie Polizei und Justiz die Gefährlichkeit der Faschisten immer wieder heruntergespielt haben. Sprach Kripo-Chef Manfred Pfahl im Dezember 1992 für die Braunschweiger NF noch von acht bis zehn Personen , so wurden Anfang März 1993 plötzlich dreißig Objekte durchsucht. Im Dezember 1995 war dann von fünfzig Mitgliedern der Braunschweiger Gruppierung die Rede. Das Verfahren wurde so lange verschleppt, daß sich die meisten Zeugen nicht nur nicht erinnern wollten, sondern auch wirklich nicht mehr erinnern konnten.

Eine Bemerkung noch zu den Verteidigern: Mokrys Anwalt **Klaus Kunze** verteidigte bereits die FAP-Faschisten **Polacek** und **Heise**, **Hans Günter Eisenecker** den früheren NF-Chef **Meinolf Schönborn** im Dortmunder NF-Prozeß. Während Kunze die Straftaten der Braunschweiger Nazis mit „Exzeßstraftaten" rivalisierender Fußballfanclubs verglich, vertrat Eisenecker die These, die „Waldübungen" seien als „Marotte zu sehen wie das Briefmarkensammeln". Die Zeugen der Staatsanwaltschaft stellte er als geistig minderbemittelt dar, zu den verletzten Türken konnte er sich rassistische Bemerkungen wie diese nicht verkneifen: „Hier soll im wahrsten Sinne des Wortes etwas getürkt werden." Eisenecker ist inzwischen auf dem besten Weg, in die Fußstapfen des Staranwalts des faschistischen Lagers, **Jürgen Rieger**, zu treten.

Angesichts der Existenz der TOK, der Akribie, mit der die Observierungsmaßnahmen bis hin zu Staatsschutzbeamten, Juden und Bankiers realisiert wurden und der regelrechten Manie, alle Arten von Waffen zu horten, stellt sich die Frage, ob überhaupt einmal Faschisten wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt werden. Linke jedenfalls sind schon bei wesentlich bedeutungsloseren Funden in Braunschweig sofort hinter Gittern verschwunden.

Antonio Farell

Prozeß gegen US-Neonazi Gary Lauck

Am 9. Mai begann der Prozeß gegen den offiziellen Führer der NSDAP/AO, **Gary Lauck**. An der antifaschistischen Kundgebung zum Prozeßauftakt beteiligten sich über 150 AntifaschistInnen. Eine größere Mobilisierung der Neonazis blieb aus.

Die zum Teil großspurig in einigen Neonazi-Postillen angekündigte rechte Solidarität und Mobilisierung zum Lauck-Prozeß fand bisher nicht statt. So fanden sich am ersten Prozeßtag zunächst auch keine Nazis am Gericht ein. Lediglich einige jüngere Neonazis beobachteten die antifaschistische Demonstration und Kundgebung unter dem Motto „Lauck to hell/ NSDAP/AO zerschlagen", im Schutze der Polizei.

Die ersten Prozeßtage verliefen auch im Gericht wenig dramatisch. Lauck, der noch vor Prozeßbeginn die Hoffnung hatte, sich vor seinen „Kameraden" in Szene zu setzen, zog es wohl auch angesichts der leeren Zuschauerreihen vor zu Schweigen: Er erkenne das Gericht nicht an und werde deshalb vor diesem auch keine Äußerungen machen, war seine Begründung. Laucks Anwalt **Otto Sieg** beschränkte sich darauf, aufgrund von Verfahrens und Formfehlern im Auslieferungsverfahren, eine Einstellung des Prozesses zu fordern. Hierüber wollte das Gericht jedoch erst bei Prozeßende entscheiden.

Wie von AntifaschistInnen vorausgesehen, handelt es sich um einen eindeutigen Indizienprozeß, der zum Zweck hat Lauck lediglich als Verantwortlichen für das NSDAP/AO Vertriebsnetz und seine Publikationen zur Verantwortung zu ziehen. Zu diesem Zweck wurden akribisch die Erkenntnisse über Zustellungen an deutsche Neonazis aus der Aktion „Atlantik 2" (Hausdurchsuchungen aufgrund des Empfangs von NSDAP/AO-Material) verlesen. Ebenfalls verlesen wurden Tagebuchaufzeichnungen, die Lauck in der U-Haft verfaßte und Briefwechsel zwischen ihm und deutschen Nazis. Mit dem ebenfalls zur Zeit in Hamburg Fuhlsbüttel einsitzenden **Christian Worch**, betrieb er einen regen Briefwechsel, wobei sie u.a. die Organisation der „Rudolf Hess-Märsche" erörterten.

Die Briefwechsel und die Aussagen Laucks, die er in dänischer Auslieferungshaft machte, werden zwar zum Teil für den Prozeß herangezogen werden, haben aber nach Einschätzung von AntifaschistInnen keine Auswirkungen auf weitere Verfahren gegen die illegale NSDAP/ AO Struktur in Deutschland.

Lauck selbst sagte in Dänemark aus, daß er die Aufgabe gehabt habe, die in kleinen Zellen organisierten deutschen NSDAP/AO-Mitglieder mit Propagandamaterial zu versorgen.

Worch zumindest bekam an diesem Tag seine „Solidarität". Rund 20 Neonazis, führten vor dem Knast eine Kundgebung durch. Nachdem diese beendet war, tauchten diese dann später doch noch vor dem Gericht auf. Es handelte sich bei der dann auf ca. 20-30 Personen angewachsenen Neonazi-Gruppe um einen internationalen Haufen, ohne Beteiligung der örtlichen Neonazi-Größen. Neben einigen Hamburger Nazi-Skins waren Dänen, Niederländer und Engländer aus dem Anti-Antifa- und NSDAP/AO-Spektrum anwesend. Ohne jedoch den Gerichtssaal zu betreten, machten diese sich nach einiger Zeit wieder auf und davon.

Antifaschistinnen und Antifaschisten werden weiterhin den Prozeß beobachten und darüber informieren.

Nationalrevolutionäre

Von der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst" erschien nach rund einem Jahr Pause wieder ein Heft. Zu den Autoren der aktuellen, 84 Seiten starken Ausgabe zählen **Henning Eichberg** („Der Unsinn der Konservativen Revolution. Über Ideengeschichte, Nationalismus und Habitus"), **Hans-Joachim von Leesen**, der ehemalige Redakteur der „Jungen Freiheit" **Dr. Markus Josef Klein**, **Alexander Ebbinghaus**, der Nationalneutralist Dr. **Alfred Mechtersheimer** („Selbstvergessene Politik und nationale Erneuerung"), **Elfriede Fink**, der ehemalige Bundesvorsitzende der ÖDP und jetzige „Unabhängige Ökologe" Prof. Dr. **Herbert Pilch** sowie **Kristof Berking**, ehemaliger Funktionär des „Bund Freier Bürger". Die „Zeitschrift für nationale Identität", so der Untertitel, wurde 1979 in Koblenz von ehemaligen Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten", der damaligen „Grünen Zelle Koblenz", gegründet. Zur Stammautorenschaft gehört der 53jährige Privatdozent Eichberg, ehemaliges Mitglied des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes", der seit den 50er Jahren politisch aktiv ist. Ursprünglich als Zweimonatsschrift angelegt, erscheint „wir selbst" sehr unregelmäßig. Verantwortlicher der Zeitschrift ist **Siegfried Bublies**. Sein langjähriger Weggefährte und verantwortlicher Redakteur **Gerhard Quast** leitet seit dem vergangenen Jahr die Rubrik „Natur & Umwelt" der Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF), nachdem er bereits Anfang der 90er Jahre der JF als Redakteur angehört hatte.

Verurteilt

Das Dortmunder Landgericht hat Dr. **Dietrich Griener** (68) zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe und einer Geldbuße in Höhe von 15.000 DM verurteilt. Der Essener Rentner Griener war an der Erstellung und Verbreitung der Hetzschrift „Deutsches Manifest" beteiligt. Das „Deutsche Manifest" wurde vergangenes Jahr im Frühling bundesweit verschickt. „Am 9. Mai 1995 beginnt der Volkskrieg für das freie, selbstbestimmte neue Deutsche Reich" hieß es in dem 84 Seiten starken Machwerk. Mehrere hundert Exemplare wurden, mit einem falschen Absender versehen, an deutsche und ausländische Intellektuelle, Repräsentanten des öffentlichen Lebens und Politiker versandt. Unverhohlen die ausgesprochene Drohung des braunen „Manifestes: Wer von den Adressaten die Bundesrepublik nicht verlasse, sollte mit Gewalt rechnen müssen. „Danach seid ihr der erklärte Feind unseres Volkes, dem wir keine Gnade mehr gewähren können." 1993 wurde bei einer Hausdurchsuchung bei Griener ein maschinengeschriebenes Manuskript des „Deutschen Manifestes" gefunden. Ende 1994 versuchte Griener bei einer Druckerei in Essen 10.000 Exemplare des „Manifestes" in Auftrag zu geben. Bei verschiedenen Hausdurchsuchungen wurden außerdem rechtsextremistische Devotionalien bei Griener gefunden.

Jens Feroman-Habs

Gute Onkels - Böhse Onkelz?

In Göttingen fand am 17.04.96 die bundesweite Premiere des Films „Skinheads" von Klaus Farin statt. Der Film soll nunmehr in kleinen Programmkinos, Jugendzentren etc. gezeigt werden, darüber hinaus ist im Herbst eine 45-minütige-Fernsehversion vorgesehen. Nun ist der wesentliche Inhalt des Werkes nicht unbedingt Grund für einen Artikel, denn mindestens drei Viertel der 120 Minuten sind durch Konzertausschnitte von „Ska" und Reggae-Bands ausgefüllt.

Nichts gegen diese Musik, doch wäre es wohl angebracht, diesen Film als (überwiegend) Musikfim anzukündigen, schließlich unterscheidet man z.B. auch zwischen Spiel- und Dokumentarfilmen. Die restliche Zeit wird mit weitgehend unkommentierten Äußerungen ausgefüllt. Skinheads, die sich kulturell und/ oder antirassistisch verstehen, erläutern ausführlich, daß das Bild der Medien völlig verzerrt ist, heavy-metal oder faschistische Musik nichts mit ihrer Kultur und Identität zu tun haben usw.

Es ist unbestritten, daß die Skinheadbewegung, aus Großbritanien kommend, als linke Jugendkultur antirassistische Wurzeln hat und es immer einen (zeitweilig sehr kleinen) Anteil von Skinheads in der BRD gab, die sich darauf bezogen haben. Ob zu dieser Gruppe Skinheads auch diejenigen gehören, die ihre Verbindung dazu damit begründen, das Skinheads ja auch „*Negermusik*" (Filmzitat) hören und „*auch schon mal einen ausländischen Arbeitskollegen hatten, mit dem man gut zurechtkam*" darf bezweifelt werden...

Als Beispiel für die „verzerrende Darstellung durch die Medien", führt Farin dann z.B. auch die „BILD"-Schlagzeilen über den Fall des 14-jährigen behinderten Mädchens aus Magdeburg an, welches sich selbst Gesichtsverletzungen beibrachte und aussagte, Nazi-Skinheads hätten sie überfallen. Diese Form der Darstellung, bzw. Rechtfertigung ist durchaus vergleichbar mit der Methodik von „Schindlers Liste": ein „guter Nazi", der jüdischen Menschen das Leben gerettet hat und schon sieht die Welt ganz anders aus... Bezogen auf die Filmsequenz bedeutet dies, daß Skinheads wesentlich öfter als rassistische GewalttäterInnen dargestellt werden, als dies zutreffend sei. Die Zielsetzung, auf die Gruppe der nicht-rassistischen Skinheads und ihre Geschichte hinzuweisen, wird offen zur Verharmlosung und zur Verurteilung der Medien. Die jahrelang und immer wieder von AntifaschistInnen geäußerte Kritik, daß es gerade diese Medien sind, die die Nazi-Skinheads verharmlosen, weil sie deren politische Gewaltverbrechen ignorieren oder als „Jugendbandenkonflikte" darstellen, erfährt somit durch Farin deutlichen Widerspruch. Die Bestärkung des Vorwurfes durch einen Medienvertreter in Gestalt eines Skinhead-Redakteurs der Kinder-FAZ (die tageszeitung) macht ihn nicht zutreffender.

Auch wenn im Film an einer Stelle gesagt wird, daß ein drittel der Skinheads rechts seien, bleibt als Fazit die Botschaft, daß Neonazi-Skins mittlerweile eine verschwindende Minderheit seien. Ergänzt durch den Untertitel am Filmende, wonach sich Meinungen gelegentlich ändern können, was gleich auch die (noch?) Nazi-Skins entschuldigt. Zu der Einschätzung von Meinungsänderungen waren dann ergänzend im Bericht (Göttinger Tageblatt, 20.04.96) über Klaus Farins Veranstaltung zu Nazi-Rockmusik in Northeim bemerkenswerte Ansichten zu vernehmen: Die Nazi-Band „Böhse Onkelz" seien mittlerweile „*überzeugte Antinazis*" und hätten „*seit neun Jahren nichts mehr mit der rechten Szene zu tun*".



„Ein drittel der Skinheads sind rechts." Diese hier bestimmt.

Abgesehen davon, daß die Band selber erst seit vier Jahren behauptet, nicht mehr faschistisch zu sein, ist diese Aussage generell falsch. Die Band weigert sich beharrlich auf das Markenzeichen „Böhse Onkelz" zu verzichten. Der Name wurde vor der „Läuterung" im Erkennungslied erklärt mit: „*Wir sind die böhsen Onkelz und machen was Euch gefällt, heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt*" (usw.). Seit 1992 heißt es nun: „*Wir sind Gesandte des Himmels/ Gottes rechte Hand und seine Stimme*" oder „*Ich erinnere mich gern an diese Zeit/ eine Zeit die man nie vergißt/... Keinen Tag ha'm wir bereut*" und dann: „*Mit scheinheiligen Liedern/ Erobern wir die Welt*"... Noch eindeutiger in Hinblick auf die Indexierung früherer Platten: „*Ihr habt wie Hunde uns gehetzt, unsere Lieder verboten. Ich weiß warum...*". Warum wohl?

Nach einer Mitarbeiter/innenbefragung schreibt die Geschäftsleitung der Ladenkette „World of Music - WOM": „*Aus unserer Sicht steht eindeutig fest, daß der Bandname Böhse Onkelz in der rechten Szene Symbolkraft besitzt. Und genau diese Symbolwirkung des bis heute unveränderten Bandnamens...trägt nach wie vor zu den hohen Verkaufszahlen ihrer Tonträger bei.*" Und abschließend: „*An der Kapitalisierung dieses Markenzeichens wollen wir uns nicht beteiligen.*" Dies benennt die Verkaufstrategie der Böhsen Onkelz zutreffend: Sich zunächst mit faschistischen Inhalten einen Namen machen, dann etwas Kreide fressen und mit zweideutigen Texten neues Publikum dazugewinnen. Dabei sind wesentliche Inhalte unverändert: Hieß es früher „*Türkenvotze naßrasiert*", „*Deutschland den Deutschen*" oder „*Mädchen komm und spreiz die Beine...ich will nur das eine...ich tue ihn jeder rein*" klingt es heute: „*Ja, ich habe sie entweiht und es war mir ein Vergnügen*"...

Sämtliche Platten können weiterhin erworben werden. In der 14tägig erscheinenden Zeitschrift „Europa Vorn", die der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" nahesteht, werden die in rechten Kreisen angeblich als „Verräter" Beschimpften keinesfalls kritisiert. Dort sind sämtliche 12 CD's der „Böhsen Onkelz" angepriesen. Zu der aktuellen Veröffentlichung „*Wir sind die Onkelz*" heißt es: „*Der erste Onkelz Tonträger auf dem Major-Label „Virgin" ist viel, viel besser ausgefallen, als von vielen befürchtet. Inhaltlich und musikalisch knüpfen die Frankfurter an die „Wir ham' noch lange nicht genug"-Zeiten an.*"

Die „Böhsen Onkelz" waren **die** Kultband der Nazi-Skineads und sie sind in diesen Kreisen weiterhin beliebt. Sie trugen und tragen (moralisch und politisch) Verantwortung für die Morde und den Terror von Solingen, Mölln, Rostock und anderswo. Ihre Lieder waren Ausgangspunkt für rassistische Gewalt, Verherrlichung des Naziregimes und nationalistisch bis zum letzten Akkord. Die Darstellung, dies seien „nette Jungs, die eben mal Scheiße gemacht haben", ist die alte Leier einer Gruppe WissenschaftlerInnen (z.B. Leggewie, Heitmeyer und eben auch Farin), die in einer Mischung aus Verständnis für die TäterInnen, Verharmlosung Ihrer Verbrechen und pädagogischen Scheinlösungen (quasi: hinter jeder Pommes-Bude ein Sozialarbeiter) schon oft genug AntifaschistInnen die Schuld am erstarkenden Neofaschismus in die Schuhe schieben wollten.

Dr. Ulrich Schneider

Eine Anregung zum Weiterarbeiten

Ein Antifa-Reader von Elefanten-Press

Nachdem Raimund Hethey in einem Kurzverriß im letzten RECHTEN RAND („Wie ein Elefant im Porzellanladen") den neuen Antifa-Reader (Hrsg. Jens Mecklenburg) bereits thematisiert hat, scheint es für die antifaschistische Bewegung schon sinnvoll, nach dem Erscheinen einen genaueren Blick auf das Produkt zu werden.

Wenn man einmal den vollmundigen, und auch nicht eingelösten Anspruch des Klappentextes, daß der Reader „eine vollständige Darstellung zu den Themen Rechtsextremismus und Neonazismus" biete, vergißt, dann ist das im Elefanten-Press-Verlag erschienene Handbuch in mehrerer Hinsicht durchaus lesenswert.

Für die Leser dieser Zeitschrift dürfte unstrittig sein, daß antifaschistisches und antirassistisches Handeln dringend geboten sind. Zum Handeln gehört jedoch Wissen: Informationen über Entwicklungen, Tendenzen, Ideologie und Gefahrenpotentiale der alt- und neonazistischen Kräfte, wie auch Hinweise und Anregungen über mögliche Gegenaktionen. All dies versucht der Band, der sich selbst als „antifaschistisches Handbuch und Ratgeber" versteht, zu liefern.

Die inhaltliche Klammer des Buches liefert der Überblicksbeitrag „Rechtsextremismus in Deutschland" von Wolfgang Gessenharter (Bundeswehrhochschule Hamburg). Raimund Hethey hat bereits in seinem Beitrag die Probleme dieses erkenntnisleitenden Vorworts angesprochen. Als Diskussionsbeitrag würde es sich sicherlich lohnen, mit Gessenharter zu streiten, ob seine prinzipielle Ablehnung des Faschismus-Begriffs für die gegenwärtigen Entwicklungen im neonazistischen Spektrum tragfähig ist. Auch könnte man trefflich darüber polemisieren, ob das Gefühl, daß einem „die Rechthaberei mancher Antifaschisten regelrecht auf den Nerv geht", ein hinreichender Grund sein kann, eine wissenschaftliche Kategorie über den Haufen zu schmeißen. Rechtsextremismus allein als Denkrichtung zu charakterisieren und ihn von jeglichen sozialen und ökonomischen Grundlagen zu abstrahieren, dürfte ebenso fragwürdig zu sein. Sicherlich ist der inflationäre Gebrauch des Faschismus-Begriffs abzulehnen. Aber stattdessen verbindlich den „Rechtsextremismus"-Begriff zu fixieren, der - im Sinne von Eckhard Jesse - nur die Kehrseite des „Linksextremismus" darstellt, scheint für einen antifaschistischen Ratgeber doch sehr zweifelhaft. Es fragt sich, warum der Herausgeber, wenn er schon Reinhard Kühnl in der Literaturliste mit dem Band: Der Faschismus, Ursachen, Herrschaftsstrukturen, Aktualität (Heilbronn 1988) so positiv hervorhebt, diesen nicht gebeten hat, die Einführung zu schreiben.

Nach diesem Grundsatzartikel folgt ein recht ausführlicher Lexikon-Teil zu Organisationen, Personen, Zeitungen/Zeitschriften und Sekten. Für den Einsteiger ist es besonders hilfreich, hier schnell Informationsmöglichkeiten über Gruppen und Personen aus dem neofaschistischen Spektrum zu finden. Spezialisten aus dem Antifa-Spektrum werden sicherlich auf den einen oder anderen Fehler in dieser recht umfangreichen Aufzählung verweisen, vor allem, da neuere Entwicklungen nicht mehr aufgenommen worden sind. Positiv ist jedoch, daß hier auch solche Organisationen, wie der „Bund der Vertriebenen", die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" und die „Deutschen Burschenschaften" zu finden sind, die eine hohe Affinität zu rechtsextremen und neofaschistischen Positionen haben. Es ist müßig darauf hinzuweisen, daß noch weitere Personen oder Gruppen hätten aufgenommen werden müssen. Ein solcher Band sollte keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, er kann nur einen Impuls zum eigenen antifaschistischen Handeln geben.

Und dafür sind besonders die „Vertiefungen" geeignet. Allein schon für diese Beiträge, die sich mit Skinheads und rechter Subkultur, mit Geschichtsrevisionismus und „Neuer Rechten", mit dem Zugriff von Neofaschisten auf die Neuen Medien, mit der ökologischen Rechten und Esoterik, sowie mit dem Thema Frauen und Mädchen in neofaschistischen Organisationen beschäftigen, lohnt sich die Lektüre des Bandes. Dabei diskutieren die Verfasser zumeist auch mögliche Handlungsstrategien. So verwahrt sich Raimund Hethey prinzipiell gegen jeglichen „Dialog" mit Vertretern der Neuen Rechten, gleiches fordert Fabian Virchow gegenüber Auschwitz-Leugnern. Oliver Geden verdeutlicht, welche Einfallstore die Ökologie-Diskussion für Nazi-Ideologie bietet, wenn sie nicht mit der Systemfrage verbunden wird, und Christoph Butterwegge versucht einen Begriff von „Rassismus" zu entwickeln, der dessen sozioökonomischen und ideologischen Wurzeln ebenfalls erfaßt.

In sechs Beiträgen werden anschließend unterschiedliche Ansätze antifaschistischen Handelns in Antifa-Initiativen und antirassistischen Jugendaktionen aufgezeichnet. Praktische Anregungen für Handlungsmöglichkeiten, eine kommentierte Literaturauswahl und eine ausführliche Adressenliste runden das Buch ab. (Dabei ein Hinweis an das Lektorat: Wenn man schon mit einem Register arbeitet (S.343), dann bitte eines, bei dem die Seitenzahlen stimmen. Anderenfalls sucht man vergeblich.) Die Auswahl der Bücher und die Anregungen machen deutlich, daß sich der Band besonders an jugendliche Leser richtet, die - motiviert - Hinweise zum eigenen Handeln bekommen sollen.

Dabei stößt man auf eine eigenartig eingeschränkte Sichtweise der Herausgeber. Antifaschistische Kräfte in den neuen Bundesländern, wie beispielsweise der Bund der Antifaschisten, das antifaschistische Forum in Erfurt und die Jugendinitiative „R.O.T.K.Ä.P.P.C.H.E.N.", die in zahlreichen Aktionen präsent sind, fehlen in der Aufzählung. Auch das Informationszentrum für Rassismusforschung (D.I.R)/Marburg, das recht erfolgreich das Projekt „Schule ohne Rassismus" gestartet hat, sucht man vergebens. Verblüffend ist auch die Tatsache, daß sich nur eine KZ-Gedenkstätte in dem Adressverzeichnis findet, wobei doch zumindest in Buchenwald und Dachau Jugendbegegnungsstätten bestehen, in denen antifaschistisch ausgerichtete pädagogische Arbeit geleistet wird.

Ein gewisses Problem ist auch die ahistorische Sichtweise der Herausgeber. Wird mit wenigen Ausnahmen die Frage der historischen Kontinuitäten von Faschismus, Renazifizierung und Neofaschismus in der Analyse und Darstellung ausgeblendet (die Namen Globke und Oberländer sucht man vergebens, ebenso die OdeSSA, die Internierungsgeschädigten und den BHE), so kommt auch antifaschistische Geschichtsaufarbeitung, einschließlich der Begegnung mit ehemaligen Widerstandskämpfern und Verfolgten, als Handlungsmöglichkeit gegen Neofaschismus und Rassismus nicht in den Blick. Vielleicht liegt das auch nur daran, daß man die als „traditionalistisch" bezeichneten Gruppen, wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten außer im Adressverzeichnis und bei einzelnen Materialien als Diskussionspartner im antifaschistischen Spektrum schlicht übersehen hat. Bezeichnend für das Verständnis der Herausgeber von antifaschistischer Arbeit ist auch das völlige Fehlen von Hinweisen zur Bündnisarbeit und zu gewerkschaftlichen Ansätzen im Antifaschismus. Vielleicht liegt ja Baden-Württemberg zu weit von Kiel entfernt, als daß man die engagierte Arbeit von DGB-Gewerkschaften im Bündnis mit vielen demokratischen Kräften gegen REPs und NPD-Deckert hat wahrnehmen können. Als Anregungen zum Handeln sind diese Erfahrungen allemal wichtig.

Ungeachtet dieser Kritikpunkte sollte man festhalten, daß jeder Veröffentlichung, die einen Impuls für antifaschistisches Handeln liefert, als Anregung für Initiativen und Einzelpersonen, für motivierte Jugendliche oder andere engagierte Gruppen zur Weiterarbeit, eine große Verbreitung zu wünschen ist. Das beinhaltet gleichzeitig, daß über die inhaltlichen Grundlegungen ernsthaft gestritten werden sollte. Doch nichts besseres könnte diesem Antifa-Reader passieren, als daß er seine Überarbeitung selbst notwendig macht, indem weitere Antifa-Initiativen in der Liste Eingang finden, weitere Erfahrungsberichte über antifaschistische Aktivitäten aufgenommen werden können und - vielleicht - eine Debatte über die inhaltlichen Grundlagen antifaschistischer Arbeit durch den Leitartikel angeregt wurde.

Abonniert den RECHTEN RAND

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen und erscheint alle zwei Monate.

DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) • 25,- DM (Ausland)
2 Exemplare im Abonnement: 35,- DM
3 Exemplare im Abonnement: 50,- DM
4 Exemplare im Abonnement: 60,- DM
Ab 5 Exemplaren je Ausgabe gibt es 30% Rabatt.

Bei Bestellungen den Namen und Lieferadresse nicht vergessen!

DER RECHTE RAND
Postgirokonto Hannover
44 55 86 - 301
Bankleitzahl 250 100 30

✂ - - - - - - - - - - - -

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name:..............................

Anschrift:..........................

....

....
Unterschrift

Ich habe ❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) überwiesen. ❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) liegen als Scheck bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

....
Unterschrift

MELDUNGEN

... Geschreibsel

Vor kurzem erschien die achte Ausgabe des Pamphlets „Der Schwarze Drache". „Der Schwarze Drache ist ein Rundschreiben, das lediglich Kommentare zum Zeitgeschehen abgibt." Der Verantwortliche, **Roman Rheinsberg**, empfiehlt „national eingestellten Menschen", so der Standardtext des Titelblattes, „einen Blick in den Schwarzen Drachen". Im aktuellen Heft beginnt **Karl Polacek** (61), ehemaliger niedersächsischer Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei", eine dreiteilige Serie über seine Biographie.

Das rechtsextremistische Szeneblatt umfaßt 12 kopierte Seiten im DIN A4-Format von schlechter Qualität. Neben knappen Textbeiträgen, vor allem von **Andreas Marhauer** und einem **Vito Gallo**, wird auch für andere rechtsextremistische Periodika wie der „Braunauer Ausguck" von Karl Polacek, „Der letzte Schrei" von Marhauer, der „Nationale Beobachter" von **Danny Sowade** und dem „Nationalen Pressearchiv" in Frankfurt/Oder, der „Freien Stimme" der „Sauerländer Aktionsfront", der „Berlin Brandenburger-Zeitung", dem „Sonnenbanner" und „Die Kameradschaft" des thüringischen „Freundeskreis Nationaler Sozialisten/Aktion Volkswille" (FNS/AV) und **Rüdiger Kahsners** „Freies Wort Südwestfalen" geworben. Durchzogen ist das Periodikum von brauner Esoterik. „Drache, Drache eile herbei. Räche dich und reiße die Ketten der Knechtschaft entzwei. Flieg Drache flieg. Unser ist der Sieg!"

Aufgelöst

Die seit 1957 bestehende „Deutsch-Russländischen Gesellschaft" (DRG) hat sich jüngst aufgelöst. Der Verein litt nach Angaben des letzten Vorsitzenden **Klausgeorg Straube**, so die Süddeutsche Zeitung, an Überalterung und Mitgliederschwund. Straubes Vorgänger, der Major a.D. **Siegfried Keiling**, verstarb im März vergangenen Jahres in Bad Homburg. Zu Keiling unterhielt auch der „Hofgeismarerkreis der Jungsozialisten Deutschlands" um den Leipziger Juso-Rechtsaußen **Sascha Jung** Kontakt.

Zuletzt gehörten dem eingetragenen Verein „Deutsch-Russländische Gesellschaft" rund 300 Mitglieder an, der Altersschnitt lag bei über 70 Jahren. Bislang erschien von der DRG in Bad Homburg die Vierteljahresschrift „Rußland und wir".

... und raus bist Du

Die rechtsextremistische Partei „Die Republikaner" hat mehrere Mitglieder ausgeschlossen. Das baden-württembergische Landesschiedsgericht hat auf Antrag des Landespräsidiums die Ausschlußanträge gegen den langjährigen REP-Stadtrat **Werner Beck** (45), die REP-Kreisvorsitzende **Ellen Geyger** (61) und Dr. **Wolfgang Friedl** (73), alle drei Heidelberg, und **Leo Thenn** (69) aus Pforzheim-Büchenbronn bestätigt. Die drei Heidelberger REP-Funktionäre und Landtagskandidaten hatten an den „Runden Tischen" teilgenommen, von denen sich die „Republikaner" offiziell distanzieren.

Der rheinland-pfälzische Landesverband der rechtsextremistischen Partei „Die Republikaner" hat **Hans Rustemeyer** ausgeschlossen. Zuvor mußte Rustemeyer die „Unabhängigen Ökologen" bereits verlassen. Rustemeyer wurde die Unvereinbarkeit von „Runden Tischen" und dem neuen REP-Kurs der formalen Abgrenzung unter Dr. **Rolf Schlierer** (41) zum Verhängnis. Rustemeyer gehörte in der Vergangenheit der „Deutschen Reichspartei", der DVU und der NPD sogar als Mitglied des Bundesvorstandes an. Er schreibt für „Europa Vorn" („Rechte Einigung - und was danach?") und gibt seit April 1995 mit „Volk und Land" einen vierseitigen „Rundbrief für ökologische Patrioten" heraus.

Keine Entlassung

Das Darmstädter Verwaltungsgericht hat nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau die vorläufige Entlassung des hessischen REP-Landesvorsitzenden **Haymo Hoch** aus dem öffentlichen Dienst aufgehoben. Der 42jährige Verwaltungsjurist Hoch arbeitete zuletzt als Regierungsdirektor im Regierungspräsidium Darmstadt. Die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Darmstadt erklärte die Suspendierung Hochs sowie die Kürzung seiner Bezüge um 20 Prozent vom August des vergangenen Jahres für nichtig.

Das letzte ...

In Hildesheim erscheint seit einige Monaten die Schrift „Der letzte Schrei". Verantwortlicher des Blättchens im DIN A4-Format ist **Andreas Marhauer**, Vorstandsmitglied der braunen Knasthilfe „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG). Marhauer gehörte auch zum Umfeld der 1995 verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) an. Beim Rudolf-Hess-Gedenkmarsch im thüringischen Rudolstadt 1992 marschierte Marhauer ebenfalls mit. „Der letzte Schrei ist als völlig privater Mitteilungsrundbrief an unsere Freunde und Kameraden gedacht. Er dient ausschließlich der Information und (...) der Schulung von Aktivisten und Führungskräften." In der aktuellen Ausgabe 4 von „Der letzte Schrei" findet sich ein Beitrag zum Thema „Nationaler Sozialismus". Der NS gilt, erwartungsgemäß, nicht als rückwärtsgewandt, sondern als Hoffnung. „Auch heute noch bedeutet der nationale Sozialismus oder besser gesagt der nationalistische Sozialismus für Millionen von Menschen auf der ganzen Welt viel mehr als nur eine reine politische Herrschaftform." Weitere Ziele der Arbeit von Marhauer sind es, eine braune „Elite (zu) schaffen" und „gesetzestreue, revolutionäre Arbeit" zu leisten. Dabei will er persönlich aber „im Hintergrund bleiben".